

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
jährlich 12,60 Mk. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserations-Gebühren:
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Donnerstag, den 4. April 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

Fünf Jahre Demokratie
in der englischen Landgemeinde.

Seit dem Jahre 1894 hat England eine Landgemeinde-Ordnung,
die man wenigstens nach der formalen Seite hin, d. h. was das
aktive und passive Wahlrecht anbelangt, als demokratisch bezeichnen
kann. Sie kennt so wenig wie das Wahlrecht zu den Grafschaften,
den Armenräten, den städtischen Vertretungen und dem Parlament
eine Klasseneinteilung der Wähler. Das Wahlrecht oder Vertretungs-
recht ist nicht absolut allgemein, sondern erheischt als Mindestbedingung
neben der erreichten Volljährigkeit — 21 Jahre — das Innehaben einer
eigenen Wohnung, die direkt oder indirekt — durch das Bindeglied
des Eigentümers — zu den Lokalsteuern veranlagt ist. Das schließt
aber aus dem Lande nur wirkliches Hausgebinde und ganz unselbständige
Personen vom Wahlrecht aus. Der erwachsene Landarbeiter, der
nicht noch bei seinen Eltern als Einlieger lebt, hat das Wahlrecht,
das außerdem für beide Geschlechter gilt, so daß also auch Arbeiter-
rinnen, die als Witwen oder Ledige eine eigne Wohnung innehaben,
stimmberechtignte Gemeindeglieder sind.

Soweit läßt sich selbst vom Arbeiterstandpunkt wenig gegen das seiner
Zeit von den Liberalen geschaffene Gesetz sagen, denn das Stimmrecht
des Hausgebindes wäre auf dem Lande oft genug ein sehr zwei-
schneidiges Schwert. Fastlich hat die Übergroße Masse der Arbeiter
in den Landgemeinden Englands das Wahlrecht zur Gemeinde-
vertretung und wird dieses durch keinerlei Klassenvertretung des
Besitzes oder Standes beeinträchtigt. Dagegen sind die Vollmachten
der Landgemeinden noch in vieler Hinsicht ungebührlich beschränkt.
Ihrer Tätigkeit sind durch das Gesetz ziemlich enge Grenzen
gezogen, und selbst innerhalb dieser Grenzen sind sie allerhand lästigen
Kontrollverfahren unterworfen. Was in dieser Hinsicht die
Vorlage nicht schon vorsch, haben bei der Beratung die Kon-
servativen Grundbesitzer durch das Mittel des Hauses der Lords in
das Gesetz hineingebracht. So u. a. die Bestimmung, daß wenn eine
Landgemeinde Land zwangsweise pachtet, um es in Parzellen an
Landarbeiter zu verpachten, diese Parzellen höchstens vier
englische Morgen (zu 40 Ar) groß sein dürfen, wovon nur je ein
Morgen Ackerland sein darf.

Aber schon darin, daß die Gemeinde Land zu solchen Zwecken
pachten darf und daß sie, wo sie es nicht gutwillig zu angemessenem
Preise erlangt, den Weg des Zwangsverfahrens beschreiten kann, liegt
ein unzulässiger Fortschritt. Und so mit den andern Ver-
waltungsvoollmachten der Gemeinden. Das Gesetz hat die Ver-
waltung der Landgemeinden aus einer Sache der Besitzenden,
denen sie vor dem mittelbar oder unmittelbar unterstand, zu einer
sachen der Allgemeinheit gemacht, sie von der ländlichen Plutokratie
auf die ländliche Demokratie übertragen. Und wenn die Voll-
machten, die es den Gemeinden gegeben hat, auch nicht zu plög-
lichen tiefgehenden Umgestaltungen ausreichen, so sind sie doch weit
genug, um zu wertvollen Reformen der Zustände auf dem Lande
die Hand zu bieten und die Landbevölkerung zur Selbstverwaltung
zu erziehen.

Einige interessante Beispiele dafür enthält ein soeben erschienenes
Pamphlet des englischen Fabrier-Vereins, das den Titel trägt: „Die
Früchte fünfjähriger Wirksamkeit des Gesetzes über die Kirchspiel-
Vertretungen („Five Years Fruits of the Parish Councils Act“), London,
Fabian Society). Da die Regierung noch keinen selbständigen Bericht
über die Leistungen der Kirchspiel-Vertretungen publiziert hat,
so hat sich der genannte Verein die Mühe gegeben, teils aus
amtlichen Jahresberichten und teils auf Grund eingeholter Be-
richte aus über hundert Gemeinden ein möglichst zusammen-
hängendes Bild von der Wirkungskraft des 1894er Gesetzes
zusammenzustellen. Der Zweck ist, den Arbeitern und Sozialisten,
die in Agrar- oder Industriedörfern wohnen oder wirken, ein Bild
davon zu geben, was auf Grund des Gesetzes zur wirtschaftlichen
und geistigen Hebung der dortigen Bevölkerung geschehen kann.

Die betrüfflich, handelt es sich da, wenn man die Dinge bis
ins einzelne verfolgt, oft um recht kleine und heikle Kosten. Aber
sie sind nur klein im Verhältnis zu den Vorteilen, um die es sich
im Haushalt des Staats oder großer Städte handelt. Auf die Ver-
hältnisse des Dorfs bezogen, können sie für dieses von nicht minderer
Wichtigkeit sein als Kosten von Millionen und Behmiltionen für
Großstadt und Staat.

Es ist ferner außer Zweifel, daß in einer großen Anzahl länd-
licher Gemeinden das Kirchspiel-Vertretungsgesetz bis jetzt so
gut wie keine Besserung des Stands der Dinge gebracht
hat. Unwissenheit, Gleichgültigkeit und vielfach auch ökonomische
Abhängigkeit der Arbeiter hat die Vertretung völlig in den
Händen derjenigen Elemente gelassen, die vordem für die
Verwaltung maßgebend waren. Je nach den örtlichen Verhältnissen
bedarf es eben längerer oder kürzerer Zeit, bis das formale Recht,
welches das Gesetz den Arbeitern gewährt, von ihnen durch Aus-
nutzung seines sozialen Inhalts erhält. Wo die Arbeiter noch un-
gebildet sind, muß das Gesetz selbst durch die Wahlhandlungen, Ver-
sammlungen etc., die es vorschreibt, sie allmählich zu seiner Ausnutzung
erziehen. Das gilt besonders für die Masse der rein ländlichen Kirch-
spiele in den landwirtschaftlichen Grafschaften. Ganz anders in den
Industriedörfern, die hinter das Kirchspielgesetz fallen und den Land-
gemeinden in der Nähe größerer Städte. Dort hat sich der Einfluß der
Arbeiter und Kleingewerbetreibenden auf die Verwaltung bald fühl-
bar gemacht.

Eine allgemeine Statistik der Klassenstellung der Kirchspiel-
Vertreter giebt es noch nicht. Man kann aber annehmen, daß die
Zahl der Arbeiter, die dieses Amt ausüben, sich auf einige Tausend
beläuft. Das erschöpft aber nicht den wirklich von Arbeitern aus-
geübten Einfluß, da diese vielfach die Vertretung ihrer Interessen
Geschäftsführern etc. übertragen und indirekt selbst ihre Gegner zur
Beschäftigung ihrer Interessen nötigen.

So kann dem das erwähnte Pamphlet feststellen, daß in
Hundertern von Kirchspielen die neuen Vertretungen viel Gutes aus-
gerichtet haben. Sie haben, heißt es weiter, „Gartenparzellen
und kleine Anwesen für Leute erlangt, die deren bedürften;
sie haben das Gemeindeland oder die Dorfwiese des armen
Manns gekauft und oft Zusatz-Land für Gemeinweiden

erlangt; sie haben ihre eigenen Leute mit der Verwaltung der
Dorfskassen betraut und vielfach Stiftungsgelder, die früher
mißbräuchlich verwirtschaftet wurden, den Armen zugewendet; sie
haben darauf gesehen, daß die Unterführungen an diejenigen
gelangen, die sie wirklich brauchen, ohne Rücksicht auf deren politische
oder religiöse Ansichten, sie haben besseres Trinkwasser für
die Arbeiterhäuser durch Anlage neuer Brunnen und Pumpwerke
beschafft; sie haben schmutzige Teiche und Gräben reinigen und Unsauber-
keiten beseitigen lassen, welche den Gesundheitszustand des Dorfs
schädigten; sie haben Fußwege wiederhergestellt und in
Stand gehalten und die Sperrung öffentlicher Wege (durch
Grundbesitzer) verhindert; sie haben die Steuer-
verwaltung überwacht und verschiedentlich der Gemeinde
erhebliche Summen dadurch gerettet, daß sie unethische
Beamte verhinderten, Geld zu stehlen oder Einschätzungsbedeuren
zu verüben. Sie haben offene Wadepflüge und verschiedentlich
richtige Wadepflüge für Männer und Frauen
eingerrichtet; sie haben Spielplätze für die Kinder, Cricket-
felder für die jungen Leute und gefällige Spazierwege
unter Bäumen und mit Bänken für die Mädchen errichtet; sie haben
wo dies nötig, Gemeindeparkes gebaut, und verschiedentlich
Bibliotheken und Lesezimmer zum freien Gebrauch der
Gemeinde errichtet.“

Für alles das erbringt das Pamphlet Beispiele. Was speziell die
Frage der Landparzellen betrifft, so wird festgestellt, daß in
mehr als tausend Kirchspielen zusammen über 16 000 Morgen Land
erworben wurden. Es sei hierbei bemerkt, daß die englischen Land-
arbeiter großen Wert auf die Ueberlassung von Parzellen legen, weil sie
ihnen einen wesentlichen Rückhalt in allen möglichen Bedarfsfällen
gewähren. Die früher vielfach gehegte Anschauung, daß die Arbeiter das,
was ihnen die Parzelle einbringt, am Lohn einbüßen, scheint sich ganz
und gar nicht bewahrheitet zu haben; unzweifelhaft aber trifft sie
da am wenigsten zu, wo der Arbeiter die Parzelle direkt von der
Gemeinde in Pacht erhält. Dort kann sie im Gegenteil ein Faktor
der Lohnsteigerung werden.

Obwohl erst der zehnte Teil der Landgemeinden von den Ver-
stimmungen des Gesetzes über die Bodenparzellen Gebrauch gemacht
hat, haben doch schon über 25 000 Landarbeiter Bodenparzellen direkt
von ihrer Gemeinde in Pacht. Dazu kommen noch viele Fälle,
wo die Gemeinden, ohne selbst Land zu pachten, Grundbesitzer veranlaßt
haben, Boden zu günstigen Bedingungen an Landarbeiter zu vergeben.
Einige Gemeinden sind auch dazu übergegangen, Wohnhäuser
zu errichten und zum Selbstkostenpreis zu vermieten. Doch sind der
Fälle noch wenige, da das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren (Geld-
bezahlung usw.) ziemlich umständlich war. Erst das neue Gesetz über
Wohnwohnungen (1900) hat Abhilfe geschaffen. Der erste Fall, wo ein
ländlicher Gemeinderat selbständig Wohnungen bauen ließ, ist auf die
Energie eines weiblichen Mitglieds des Gemeinderats zurückzuführen.

Von welchem Wert für die Gemeindeverwaltung eine demo-
kratische Kontrolle der Steuererschätzung ist, liegt auf der
Hand. In dieser Hinsicht hat das Gesetz die Möglichkeit geboten,
Fälle skandalöser Untererschätzung aufzudecken und eine gerechtere
Verteilung der Lasten herbeizuführen. Dies erleichtert richwirkend
die Beschaffung von Mitteln für gemeinnützige Unternehmungen
(Wohnungsbau, Schulerweiterung, Bau von Lesezimmern usw.)

Neben den zusammenfassenden Mitteilungen enthält das
Pamphlet auch einige Specialberichte, die typische Bilder der
Zusammensetzung und Amtierung von Landgemeinde-Vertretungen
geben. So legt sich der Gemeinderat eines größeren Kirchspils in der
Grafschaft Kent — Nilesford — zusammen aus einem Schullehrer, einem
Schreiber, einem Schnittwarenhändler, einem Getreidehändler, je einem
Maschinenführer, einem Heizer, einem Biegelei- und einem Landarbeiter, die
meisten davon politisch radikal. Die Liste der von diesem Gemeinderat
vollzogenen Akte weist eine ganze Reihe ausgezeichneter Maßregeln
sozialpolitischen Charakters auf. Der Gemeinderat des rein ländlichen
Kirchspils Horsford in der Grafschaft Norfolk legt sich zur Zeit zu-
sammen aus vier Pachtbauern, drei Landarbeitern, einem Biegelei-
arbeiter und einem Agenten. Dieser Gemeinderat hat neben andern
vorzüglichen Maßregeln ein großes Stück Heide (208 Morgen),
das der Gemeinde gehört, vor Eingriffen benachbarter Grundbesitzer
gerettet, selbst in Verwaltung genommen, und einen Teil davon
durch Entwässerung etc. in Weideland verwandelt. „Der der größte
Wert des Gemeinderats“, heißt es, „besteht hier in seinen nicht
äußerlich sichtbaren Rückwirkungen auf den Charakter des Dorf-
lebens. Alle Welt sei jetzt unabhängig. Der Landarbeiter habe ge-
lernt, dem Grundbesitzer und Pfarrer ins Gesicht zu schauen und zu
begreifen, daß die besten Leute aus seiner eignen Klasse ebenio
tüchtige und vertrauenswürdige Gemeinderäte geben wie Grund-
besitzer und Bauern.“

Genug. Man ersieht aus dem Vorgeführten, daß das Gesetz
den Apparat zu sehr durchgreifenden sozialen Veränderungen auf
dem Lande geschaffen hat. Daß sie sich nur langsam vollziehen,
liegt teils an wirtschaftlichen Zusammenhängen, deren Schwerpunkt
heute in den Städten und Industriezentren zu suchen ist, teils an
den Einschränkungen, mit denen die Vollmachten der Gemeinderäte
umgeben sind, und teils an der Unerfahrenheit der ärmeren
Landbevölkerung. Was die gesetzlichen Einschränkungen be-
trifft, so sind sie schon deshalb nicht unüberwindbar,
weil die einschränkenden Instanzen (Distriktrat, Graf-
schaftsrat, Parlament) schließlich selbst dem Einfluß der Demo-
kratie unterliegen. Die Unerfahrenheit der Landarbeiter und
sonstigen kleinen Leute auf dem Lande wird aber, wie schon aus-
gesagt, durch das bloße Bestehen des Gesetzes selbst mit seinen
Vorschriften über Gemeindevahlen, Gemeindeversammlungen etc. von
Jahr zu Jahr verringert. Die großes man von seinen erzieherischen
Wirkungen erwarten kann, das zeigen die Erfahrungen der ersten
fünf Jahre Demokratie auf dem Lande. Sie sind für die
englische Socialdemokratie zugleich eine Aufseinerung und eine Er-
mutigung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. April.

Die Antwort der Kanalrebellin.

Der Kaiser hat gesagt:
„Ehe sie den Kanal nicht schluden, unterschreibe ich die
Polltaxen nicht, und zwar unterschreibe ich nur die, die
ich will.“

Die Kanalrebellin erwidert:

Ehe die Regierung den Polltarif nicht schludt, nehmen
wir die Kanalvorlage nicht an — vielleicht auch dann noch
nicht, und zwar nehmen wir nur die Kanalströden an, die wir
wollen.

Das ist nicht die wörtliche Antwort der vom Kaiserwort Be-
troffenen, aber es ist der kurze Sinn der Artikel, die Freiherr
v. Jeditly, der freikonservative Anführer für Kanalwiderstand und
hohe Polltaxen, zu gleicher Zeit in der „Post“ und im „Tag“
veröffentlicht.

Die gesamte übrige konservative und agrarische Presse verhält
sich gegenüber dem allernuesten Kaiserwort in tiefem Schweigen,
das sich wahrhaft beängstigt abhebt von dem lauten Gelärm,
mit dem sie die Anti-Berlin-Rede des Kaisers kurz zuvor unjanzigte.
An der Wichtigkeit der von der „Tägl. Rundschau“ gemeldeten Worte
des Kaisers ist aber jetzt nicht mehr zu zweifeln, denn, wären sie falsch
wiedergegeben, so hätten die konservativen Organe längst durch den
— in seltsamer Hast gleich nach der Audienz beim Kaiser auf seine
Güter abgereisten — Vizepräsidenten des Herrenhauses Widerspruch
erheben lassen.

Aber Freiherr v. Jeditly übernimmt die Führung gegen die
kaiserliche Drohung. Seitdem ihn der „Vorwärts“ um sein hohes
Staatsamt gebracht, verschlägt es ihm nichts, die zuvor nur aus
dem Versteck betriebene Rebellion gegen die monarchische Autorität
mit offener Namensnennung zu betreiben. In der „Post“ wirft
er also „Rückblicke und Ausblicke“:

„Bekanntlich hat zu dem Scheitern jeder Verständigung
über die Kanalvorlage von 1899 und zu der schließlich
schweren Niederlage der Staatsregierung nichts mehr
beigetragen, als der Versuch, statt zu überzeugen,
durch Drohungen mit Auflösung oder Maßregelungen die
Zustimmung des Abgeordnetenhauses erzwingen zu wollen.
Daran zu erinnern, ist jetzt an der Zeit angesichts der Ver-
strebungen eines Teils der Presse, angebliche Keuße-
rungen Seiner Majestät des Kaisers zur
Bedrohung der schwebenden Probleme von entscheidender Bedeu-
tung sein, ob die Krone mit der vollen selbständigen
politischen Verantwortlichkeit beraten wird,
welche in dem Verfassungsstaat die unerläß-
liche Voraussetzung für das gedeihliche Zu-
sammenwirken der Regierung und Volks-
vertretung bildet.“

Der Artikel schildert nun Verlauf und Folgen der Maß-
regelungen und fährt dann fort: Auch in untrer Zeit wichtiger,
vielleicht für die politische Entwicklung Deutschlands und Preußens
auf lange Zeit hinaus entscheidender Beschlässe wird für die glück-
liche Lösung der schwebenden Probleme von entscheidender Bedeu-
tung sein, ob die Krone mit der vollen selbständigen
politischen Verantwortlichkeit beraten wird,
welche in dem Verfassungsstaat die unerläß-
liche Voraussetzung für das gedeihliche Zu-
sammenwirken der Regierung und Volks-
vertretung bildet.“

Es ist ein gar dürftiges Unternehmen der „Post“, und jetzt zu
bescheiden, als hätten wir über die Autorität der Krone wachen
wollen. Wir, die wir täglich von der „Post“ als Inter-
wähler der Autorität entlarvt worden, sind über so ent-
setzlichen Verdocht erhaben. Unre Aufgabe war nur zu
zeigen, daß diejenigen, welche sich unablässig als Schützer der
monarchischen Autorität geben, auf Autorität und Königsstreue
pflegen, sobald der Monarch die von ihnen erstrebten politischen
Zwecke zu decken sich weigert. Diese Aufklärungsaufgabe wird uns
neuerdings erfreulich leicht gemacht und die jetzigen Artikel des
Freiherrn von Jeditly bieten wiederum einen willkommenen Einblick
in die wirklichen Bestimmungen der Monarchisten gegenüber der
Monarchie.

Herr v. Jeditly entrüstet sich gegen Drohungen, indem er
selbst droht. Herr v. Jeditly, dessen höchstes Ziel die Ver-
nichtung der Volksvertretung im Reiche ist, fordert für Preußen
die Unterwerfung der Regierung und des Königs unter die
Rechtsprechung des Dreiklassen-Parlaments. Er erinnert daran,
daß bisher die Regierung in der Kanalfrage von den Junkern be-
zungen wurde, und ländigt an, daß das „gedehliche Zusammen-
wirken von Regierung und Volksvertretung“ — „Volksvertretung“,
d. h. Vertretung der Junker und der Bureaukratenklasse! — aufhören
werde, sofern die Regierung das Kulturverderb des Mittel-
kanals nicht preisgebe und den agrarischen Pollforderungen nicht
beipflichte.

Im „Tag“ legt Freiherr v. Jeditly näher dar, wie die
konservativen, statt selbst den Kanal zu schluden,
die Regierung und den Kaiser den agrarischen
Polltarif schluden lassen können. Herr v. Jeditly
denkt nicht daran, zu sagen, der Kanal soll abgelehnt werden.
Das hieße das Spiel verderben und vielleicht eine Reihe
herbeiführen. Im Gegenteil, da die Kanalgegnerschaft vor allem
dem glühenden Pollhandel dienen soll, so muß die Kanalfrage weiter
ins Endlose verschleppt werden. So wagt er denn kein länderlich
allerteil, was für oder gegen diesen oder jenen Teil der Kanalvorlage
spricht, ab: er erkennt an, daß die früheren finanzpolitischen Be-
denken so gut wie hinweggeräumt seien, um schließlich doch das End-
ziel alles Bemühens deutlich zu bekunden. Herr von Jeditly er-
läutert:

„Das Fortfallen der finanzpolitischen Bedenken gilt aller-
dings nur unter der Voraussetzung, daß die
Gefahr einer ersten Störung der preussischen Finanzen durch
das Reich, die infolge der Finanzpolitik der Reichstagsmehrheit
jetzt droht, beseitigt wird. So lange infolge der dort
herrschenden Reigung, den die stetigen Einnahmen über-
steigenden Ausgabenbedarf den Bundesstaaten aufzubürden,

\*) Wer sich genauer über diese Entwicklung und die ihr parallele
Entwicklung der englischen Städteverwaltung unterrichten will, dem
sei das soeben erschienene Werk von Dr. Jos. Jeditly über
Englische Lokalverwaltung (Leipzig, Dunder u. Humblot)
helfend empfohlen.



das Damoklesschwert höherer und in ihrem Betrage auch nicht einmal im Voraus zu berechnender Ratifikationslagen über Preußen schwebt, wird auch der von vollem Vertrauen in die Zulänglichkeit unserer Mittel für den eignen Staatsaufwand besetzte Abgeordnete die Verantwortung für eine so weitgehende Verminderung der Staatsentnahmen nicht übernehmen wollen, wie sie die Wasserstraßenpolitik mit ihren Konsequenzen notwendig zur Folge haben muß. Die einzige Aussicht, dieser Gefahr zu entrinnen, bieten zur Zeit die von den in Aussicht stehenden Zollserhöhungen zu erwartenden Mehreinnahmen. Aber der Zolltarif steht noch nicht fest, und es muß auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Hauptposten jener Mehreinnahmen, der Mehrertrag der landwirtschaftlichen Zölle, im Voraus für die Erweiterung der socialpolitischen Aufgaben des Reichs mit Beschlag belegt wird.

So lange diese Fragen in der Schwebe sind, gewinnt daher die namentlich im Centrum vertretene Auffassung, daß eine Entschliebung über den doch erst nach einer ganzen Reihe von Jahren in Angriff zu nehmenden Mittelland-Kanal jetzt noch gar nicht dringlich und daher besser noch auszuschieben sei, an praktischer Bedeutung. Ermüdet man schließlich, wie sehr den zahlreichen agrarisch gesinnten Mitgliedern des Landtags die Zustimmung zu dem Rhein-Elbe-Kanal, den sie nun einmal als ein kostspieliges Experiment von sehr zweifelhaftem Werte ansehen, erleichtert werden könnte, wenn sie eines wirksamen Zollschnittes für die Landwirtschaft sicher wären, so erhebt sich neue, wie eng das Schicksal der wasserwirtschaftlichen Vorlage mit der Gestaltung des neuen Zolltarifs zusammenhängt, während umgekehrt eine Milderung des Ausgangs des Kampfs um jene Vorlage auf die Zollpolitik des Reichs nur dann zu erwarten wäre, wenn man annehmen müßte, daß diese nicht von wohlwollenden sachlichen Rücksichten, sondern von Stimmungen und Verstimmungen dirigiert wird.

Der König verlangt den Kanal. Aber die Konservativen fordern den Zolltarif.

Die Konservativen erklären: Schluß der König nicht die hohen Schutzölle, die wir verlangen, so bekommt er den Kanal nicht, auch wenn er noch so sehr die königliche Autorität für ihn eingesetzt hat. Wenn aber der König erklärt: Erst den Kanal schluden! — so antworten die konservativen Schützer der Autorität in autoritätsuntergrabenem Hohn: die Regierung lasse sich von Stimmungen und Verstimmungen leiten!

Wer bleibt Sieger in diesem Ringen um die Macht zwischen der Krone und den konservativen Rebellen? Das Eine, das beide schätzen wollen, gewinnt sicherlich nicht dabei: die Autorität.

### Kaiser und Kanzler.

Es heißt, der Kaiser und Graf Bülow verstehen sich vortrefflich mit einander und es bestehe zwischen ihnen geradezu ein Freundschafts-Verhältnis. Doch in der Politik scheinen sie oft weit auseinander zu gehen, obgleich Graf Bülow bereit ist, nicht nur seine eignen, sondern auch die Anschauungen des Kaisers zu verantworten.

Der Kaiser hat den Agrariern gesagt: „Erst mal den Kanal schluden!“ Aber vor kurzem verkündete die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Anschauungen des Reichskanzlers also:

„Nach unsrer zuverlässigen Kenntnis der Dinge können wir solche Betrachtungen — (Gerüchte, daß maßgebende Kreise für den Fall der Ablehnung des Mittelland-Kanals im preussischen Abgeordnetenhaus mit dem Gedanken einer Neugestaltung und Verlagerung des Zolltarif-Entwurfs umgingen) — nur als blinden Varn bezeichnen: die Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, sind falsch. Der Reichskanzler denkt weder daran, die Erledigung der für die wirtschaftliche Zukunft des Reichs hochwichtigen Zolltariffrage von dem Ausgang der Beratungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Kanalvorlage irgendwie abhängig zu machen, noch ist er geneigt, in dem ihm unterstellten Ressort folgen schwere Meinungsverschiedenheiten aufkommen zu lassen.“

Was soll nun Geltung haben? Soll — mit Bülow — das Schicksal des Kornzolls von der Kanalvorlage nicht abhängig gemacht werden? Oder — mit dem Monarchen — „erst mal den Kanal schluden!“?

### Die Dreibunds-Verhandlung.

Auf der Reise nach Venedig traf Graf Bülow in Verona mit dem italienischen Ministerpräsidenten Zanardelli zusammen. Was die beiden Herren im Salonwagen Bülows sich erzählt haben, ist nicht bekannt. Sicherlich aber hat Zanardelli dem Vertreter Deutschlands Versicherungen gegeben, daß die ihm jüngst in Frankreich und in seiner eignen Heimat zugeschriebene Abneigung gegen den Dreibund nicht bestehe. Vielleicht aber hat der italienische Staatsmann dem Grafen Bülow auch gesagt, daß allerdings eine agrarische Handelspolitik Deutschlands in Italien schwer verstümmen und auf das politische Verhältnis zwischen den beiden Verbündeten ungünstig einwirken könnte.

Nachdem die beiden Herren eine Viertel- oder halbe Stunde hindurch für das Geschick ihrer Völker Sorge getragen, haben sie sich „nach herzlicher Verabschiedung“, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, wieder getrennt. Herr Zanardelli will sich am Gardasee, Herr v. Bülow in Venedig von den Regierungsmächtern erholen.

### Deutsches Reich.

#### Der Kaiser

#### und

#### die Hauptstädte des Freihandels.

Zwei Dankschreiben des Kaisers auf Glückwünsche zum 200jährigen Preußen-Jubiläum werden jetzt bekannt, die unsre Agrarier sicherlich sehr interessieren werden.

Das Schreiben an den Senat von Bremen lautet nach kurzen Eingangsworten:

„Durch Thatkraft und fromme Zuht haben bereinst des Reichs und aller Werke des Friedens kundige Männer von Bremen deutscher Gesittung Bahn gebrochen in dem Ordenstand, auf dessen Besitz der erste Preußenkönig seine neue Würde begründete. Jersiel der deutsche Orden auch zuletzt, weil ihm jene Tugenden verloren gingen, die freie Hansestadt Bremen hat sie sich in allem Wechfel der Zeiten bewahrt; in ihnen wurzelt die Kraft ihres edlen Bürgerthums, ihre Blüte als Welthandelsplatz. Das erkennt mit mir jeder Deutsche und es erfüllt ihn mit freudigem Stolz. Die mir und meinem Hause getwidmeten Wünsche des Senats erwidere ich mit herzlichem Dank und mit der Versicherung der Fortdauer meiner wohlwollenden Bestimmungen.“

Wilhelm.

An den Hamburger Senat schrieb der Kaiser in Ausdrücken noch begeisterten Lobes:

„Dem Senat der freien und Hansestadt Hamburg sage ich warmen Dank für die aus Anlaß der Gedächtnisfeier der Erhebung Preußens zum Königreich mir getwidmeten Glückwünsche, denen das mir von dem Herrn Senator Dr. Burchard überreichte Schreiben so herbeden Ausdruck verleiht. Das damit dargebotene Zeugnis für das Wirken meiner Vorfahren zum Besten des großen Vaterlands und der Aufrichtigkeit des Vertrauens zu meinen, dem gleichen Ziel geweihten Bestrebungen sind für mich und mein Haus

von hohem Werte. Kommt doch beides von einem Erstling unter den deutschen Städten, von der Stadt, der wir es danken, daß selbst in den Zeiten tiefster Ohnmacht des alten Reichs die Stellung Deutschlands am Weltmeere nie völlig eingebüßt worden ist. Mit der weisen Regierung dieser Stadt, die als Glied des neuen Reichs den angestammten Geist lähn ausgreifender Unternehmung dabeim, wie in der Ferne mit gehobener Kraft betätigt, mich einig zu fühlen in der Erkenntnis der Bahnen, die wir zum Wohle Deutschlands gemeinsam zu verfolgen haben, gereicht mir zur lebhaften Genugthuung. Gern verleihere ich den Senat und die Bürgerchaft der Fortdauer meiner wohlwollenden Teilnahme an allem, was die Lebensinteressen der freien und Hansestadt Hamburg berührt.“

Das Datum des nach Hamburg gegangenen Schreibens ist nicht bekannt, das Schreiben nach Bremen ist vom 11. März datiert; es zeigt sich, daß der Kaiser trotz des „Attentats“, das ihn kurz vorher betraf, den Hansestädten sehr wohl gesinnt ist. Der Senat von Hamburg, der jeder Zollserhöhung abhold ist, wird als „weisse Regierung“ gerühmt und den Hansestädten wird eine Teilnahme bezeugt, deren sich die Leute vom Bund der Landwirte noch niemals erfreut haben.

Und liegt es fern, vielleicht vorübergehende Stimmungen des Kaisers für die Entscheidungen in der Postfrage in politische Rechnung zu stellen. Doch den Agrariern, die sich des extremsten Brotwunderzolls sicher wähten, würde es angefaßt solchen Lobes der verhassten Handelsstädte schwere Wäße kosten, weiterhin ihr „monarchisches Bewußtsein“ zur Schau zu tragen. —

### Fromme Romantik. Es wird berichtet:

Für das neuerbaute Blindenheim in Königs-Wusterhausen bei Berlin hat Kaiser Wilhelm das Protektorat übernommen und auch den Bauplatz geschenkt. Im Verwaltungsgebäude des Blindenheims sollen nunmehr die Wilnisse des Kaiserpaars zur Aufstellung gelangen. Die Herstellung der Bildwerke ist vom Kaiser in Gladmosaft befohlen worden, das allen Einflüssen der Witterung trost und unvergänglich ist. Der Kaiser, dessen Figur 180 Meter hoch, ist als Ritter in reichgestickter Kleidung dargestellt; den altertümlichen Helm trägt er auf dem Haupte. In der einen Hand hält er das entblühte Schwert, in der andern als Patron des Blindenheims dessen Modell. Die Kaiserin zeigt Tracht und Gewandung der heiligen Elisabeth; in ihren Händen prangen Rosen, in welche das vor den Augen des gestrengen Gemahls zu verborgende Brot, das sie den Armen zutragen wollte, durch ein holdes Wunder verwandelt worden ist.“

### Ein Berliner katholisches Blatt bemerkt hierzu:

Wir wissen nicht, ob der Gedanke, die Kaiserin als „heilige Elisabeth“ und ihren Gemahl als den „gestrengen Landgrafen“ darzustellen, in protestantischen Kreisen als glücklich empfunden wird, in katholischen dürfte es keineswegs der Fall sein. —

### König Krupp.

Ueber 40 000 Personen hatten im vergangenen Jahre das Recht im Schwelge ihres Angeheils für einen Menschen, den Kanonendonig Krupp, die Kleinigkeit von 21 000 000 M. zu erarbeiten, ungerchnet der Ansummen, die für Repräsentation und für Luxusbeante ausgegeben werden. Und der Mann, der solche horrenden Summen einnimmt, ist kaum anders als durch diese Tätigkeit bekannt. An allem, was auf der Fabrik geschieht, ist kaum jemand anders weniger aktiv beteiligt als Krupp. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Excellenz sich wenig oder vielmehr gar nicht um die Verhältnisse auf der Fabrik kümmert. Ob er in Italien Krebse fängt, oder sonst irgend eine ähnliche welterschütternde That vollbringt, das ist alles gleich, nichts, gar nichts rettet ihn vor der fürchterlichen Arbeit — 20 Millionen und mehr pro Jahr einzuhemsen. Und so wenig Bedeutung Krupp als Person beanspruchen kann, sein Geld ist allmächtig! Krupp kommandiert nicht nur durch sein Geld auf der Fabrik als unumschränkter Gebieter, seine Macht, die von andern Personen für ihn ausgeübt wird, erstreckt sich auch auf die Kommunalverwaltung in Essen. In der I. Abteilung ernannte er die Stadtverordneten, die II. Abteilung stand ihm durch seine hohen Beamten und sonstigen Einflüsse zu Gebote und in der III. Abteilung stellte man auch Krupp'sche Beamte an. Krupp resp. sein Geld beherrscht die ganze Kommunalverwaltung. Gerade die Verhältnisse in Essen waren von großem Einfluß bei der Reform des Kommunalwahlgesetzes. Die Anwendung dieses Gesetzes würde nun auch im Königreich Krupp eine kleine Aenderung bringen, in der Weise, daß die Zahl der Wähler der I. Abteilung von 2 auf 10 und die der II. Abteilung von 401 auf 1274 steigen würde. Dieser Gefahr für den geheiligten Geldsack mußte vorgebeugt werden, besonders galt es, die II. Abteilung vor dem Eintritt nicht schwer genug wiegender Geldsacke frei zu halten. Das ließ sich ermöglichen durch Einführung eines Ortsstatuts und des Prinzip der Juxtafektion. Und in der letzten Sitzung der Stadtverordneten stand ein diesbezüglicher Antrag zur Debatte. Der Krupp'sche Vorkämpfer erklärte und herans, dem Besten müsse die vorherrschende Stellung gesichert bleiben, ohne die Juxtafektion würde man Elemente in die II. Abteilung hineinkommen, die man nicht darin haben wolle! Und Oberbürgermeister Zweigert, der trotz seines Einkommens von 20 000 M. als Oberbürgermeister und 10 000 M. als Aufsichtsrat-Mitglied — der Essener Straßenbahn-Gesellschaft Wähler der dritten Abteilung ist und nun auch bleibt, bemerkte, man müsse der Gefahr einer — Demokratisierung vorbeugen, das Kollegium sei in erster Linie eine Vermögensverwaltung. Die Namen, die sich Bürgervertreter nennen, selbst diejenigen der dritten Abteilung, erkannten, daß es recht sei, wenn Herr Krupp und sein Anhang allein in der Stadtverwaltung herrsche und sie beschloßen also: die Juxtafektion wird eingeführt. Dagegen stimmten nur die Centrumsvertreter und ein liberaler Rechtsanwält. Das Geld eines Mannes, den man im politischen Leben, auf industriellen Gebiete, überhaupt persönlich als eine Null betrachtet, das herrscht über tausende Menschen und eine ganze Anzahl Kommunalverwaltungen sehen in seinem Dienst.

Simmenfälliger wie beim Prozent-Patrioten Krupp kann das Unrecht der kapitalistischen Macht und die Heberfüßigkeit des Kapitalismus im Produktionsprozeß nicht in Erscheinung treten. Für die Millionen die Krupp einheimst und für die Macht, die sein Geld ausübt, muß er der Gesellschaft auch nicht für einen Fennig, er ist vollständig überflüssig. Dabei dehnt sich der Besitz des Mannes immer weiter aus. Was jetzt ist er Eigentümer der Nähmaschinenfabrik in Essen; des Stahlwerks in Aachen; des Grusonwerks in Budau; der Hochöfen bei Duisburg, Reutwig, Engers und Rheinhausen; der Sayner Hütte; der Jechen-Hammer und „Hamulbal“ (teilweise), „Sälzer-Kneud“; von Eisenfeingruben im Siegerland, an der Lahn, in Lothringen und bei Bilbao (Spanien); des Schießplatzes in Neppen, von Steinbrüchen, Thon- und Sandgruben, ferner nennt er sein 3 Seeadampfer, die Schiffs- und Maschinenbau-Allianzgesellschaft Germania in Berlin und Kiel. Auf allen diesen Werken werden insgesamt beschäftigt: 46 679 Personen, davon in Essen allein 26 670.

Der Bund der Berliner Arbeitgeber-Verbände veröffentlicht seinen ersten Jahresbericht. Danach gehören der Organisation jetzt 14 Verbände mit 2000 Unternehmern an, die 65 000 Arbeiter beschäftigen. Sechs Verbände sind im vergangenen Jahre durch Vermittlung des Bundes gegründet und mit 6 andern Gewerkschaften Verhandlungen behufs ihrer Organisation und Anschluß an den Bund. Seinen Aufgaben wech der Bund eine überaus arbeiterfreundliche Deutung zu geben, die um so eigentümlicher wirkt, als sie zu seinem Handeln in recht schroffem Gegensatz steht. Zu dem Bericht heißt es:

„Wir dürfen wohl die feste Zuversicht hegen, daß unsere Bestrebungen dazu beitragen werden, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu fördern, denn die ruhig denkende Arbeiterschaft muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß wir ihnen durchaus nicht feindlich gegenüberstehen, daß wir aber auch fest und geschlossen zusammenhalten, wenn es gilt, das gute Recht der Arbeitgeber zu verteidigen. Der Bund will den Arbeitnehmern in ihren Bestrebungen, ihre Lebenslage zu verbessern, durchaus nicht hinderlich sein, im Gegenteil wird er zu einer Mitarbeit hierbei gern bereit sein, jedoch wird er dagegen geschlossen auftreten, wenn man es versuchen sollte, zu Gunsten einer Partei den Arbeitgebern ihre Rechte zu verkürzen.“

Um die Arbeiterfreundlichkeit zu kennzeichnen, genügt es gerade jetzt, auf die gänzlich unmotivierten Ausfertigung der Berliner Schuhmacher hinzuweisen, die jedenfalls mit auf Verreiben des Bundes zurückzuführen ist. Es wäre auch interessant, zu erfahren, wo und wann der Unternehmer-Bund für eine Besserung der Lage der Arbeiter eingetreten ist; uns ist nur bekannt, daß der Bund seit seinem Bestehen sich bemüht, die Bestrebungen der Arbeiter mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Gegensätze zu verschärfen. Haben doch die Metallindustriellen auf ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, ihren Mitgliedern die Verpflichtung aufzuerlegen, überall die zehnstündige Arbeitszeit dort einzuführen, wo kürzere Arbeitszeiten bestehen. Es giebt ja überhaupt keine Organisation, die so tyrannisch gegen die Arbeiter auftritt, als es von den Metallindustriellen geschieht. Die Arbeiterfreundlichkeit in dem Bericht ist mithin nur eine heuchlerische Phrase.

Reben den sonst üblichen Mitteln eines sanften Drucks, um die Widerstrebenden zur Organisation des Bundes heranzuziehen, bemüht sich die Herren, ein Mitgliederverzeichnis circularisieren zu lassen, welches die Namen derjenigen Lieferanten enthält, mit denen einige Verbände Lieferungsverträge abgeschlossen haben. In der Anforderung, in erster Linie die Mitglieder der einzelnen Verbände bei Vergabung von Arbeiten zu berücksichtigen, glaubt der Verband das geeignetste Mittel an die Hand gegeben zu haben, für Ausbreitung des Bundes wirksam einzutreten zu können. Die in dem Verzeichnis enthaltenen Arbeitgeber haben sich verpflichtet, bei etwaiger in einem Gewerbe eintretender Arbeitslosigkeit und dadurch veranlaßte Verzögerung der Fertigstellung einer übernommenen Arbeit, sich jedes Anspruchs auf Schadenersatz zu enthalten, sowie in jeder Weise bei den hierbei hervorgerufenen Störungen die denkbarste Rücksicht walten zu lassen.

Man findet in diesen Mitteln, die der Organisation einen Anreiz geben sollen, ein gut Stück jenes „Terrorismus“ wieder, der sonst von den Unternehmern so glühend gepflegt wird. Wenn es ihren Zwecken dient, scheinen die Herren aber nicht wälerisch zu sein. —

Die Bestimmungen zum Schutz der Angestellten im Gastwirts-gewerbe, die im Entwurf dem Bundesrat unterbreitet worden sind, werden fast von der gesamten Presse als ungenügend erachtet. Allgemein wird die Erwartung ausgesprochen, der Reichstag möge den beschiedenen Forderungen der Angestellten zur Anerkennung verhehlen. Dies veranlaßt die „Berliner Politischen Nachrichten“, darauf hinzuweisen, daß die Materie daraus nicht notwendigerweise legislativisch geregelt werden müsse, sondern der Bundesrat habe auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung das Recht, eine Verordnung zu erlassen. Das ist richtig, jedoch ist anzunehmen, daß der Bundesrat nach den Erfahrungen, die mit der Wädelverordnung gemacht worden sind, die Verantwortung für derartige Maßnahmen nicht wieder allein wird tragen wollen; den Reichstag bei so tief einschneidenden Bestimmungen vollkommen auszuschalten, erscheint durchaus unangebracht.

Weimar, 3. April. (Voss. Ztg.) Der Landtag richtete in der heutigen Schlußsitzung das Ersuchen an die Regierung, dahin zu wirken, daß das Reich finanziell sich selbstständig mache.

Die Bundesstaaten werden ersüchlich befohlen, daß Flotten- und Seepolitik zu den Reichsfinanzien auch ihre eignen unteren wird. Die Sorge hätte sich nur einstellen sollen vor der Bewilligung ungenügender Marine-Milliarden und kostspieliger Welt-Zeltmarshallfahrten. —

Landwirtschaft und Getreidezölle. Aus Elfaß-Lothringen wird uns vom 1. April geschrieben: In Sulz u. W. fand dieser Tage unter dem Vorsitz des dortigen Bürgermeisters eine Versammlung von Landwirten statt, die für die in diesen Kreisen herrschenden Anschauungen über die Erhöhung der Getreidezölle sehr bezeichnend ist. Gutsbesitzer Wolf vom Hofe Weasterloch referierte vor der zahlreich, hauptsächlich aus Landwirten bestehenden Zuhörerschaft über das Thema „Landwirtschaft und Getreidezölle“. An der Hand eines großen überflüssig vorgeführten Zahlenmaterials suchte er aus der ganzen wirtschaftlichen Konstellation und der thatsächlichen Lage der Landwirtschaft zu beweisen, daß auch von Seiten der Landwirtschaft eine Fortführung der Handelsvertragspolitik zu befürworten sei, daß dagegen in der Hochschulpolitik eine Gefahr für die Landwirtschaft wie für das ganze Wirtschaftsleben zu erblicken sei. An der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion beteiligte sich u. a. der Landesauswahls-Abgeordnete Göy-Weihenburger, der in allen Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Referenten betonte. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig die folgende Resolution an:

Von der Erwägung ausgehend, daß die Bindung der Getreidezölle auf lange Fristen durch Handelsverträge im Interesse der ruhigen Entwicklung der Landwirtschaft wie auch des ganzen Wirtschaftslebens liegt, von der Notwendigkeit überzeugt, daß zum Schutze der landwirtschaftlichen Produktion vor der Konkurrenz des Auslands etwas gethan werden muß — erklärt sich die Versammlung für eine mögliche Erhöhung der Getreidezölle, soweit dieselbe im Rahmen der Handelsvertragspolitik möglich ist. Dagegen protestiert sie gegen die scharfe Erhöhung der Zölle, wie sie die Agrarier im Osten erstreben, weil dadurch vor allem der Abschluß von Handelsverträgen unmöglich wird, weil dadurch ferner alle Landwirte, die in ihrer Viehzucht auf den Ankauf von Futtermitteln angewiesen sind, weil dadurch alle Getreide zukaufenden Landwirte, in letzter Linie die Viehzucht als solche schwer geschädigt werden wird. Da weiter durch ins Maßlose geschraubte Zölle die Kaufkraft der großen städtischen Masse, die doch den Hauptabnehmer häuerlicher Produkte darstellt, bedeutend erlahmen wird; da die Industrie infolge der schwanfenden handelspolitischen Unterlage und der Gefährdung des Exports Krisen ausgesetzt ist, die ihrerseits die Lebenshaltung und Konsumfähigkeit der großen Masse zum Schaden der häuerlichen Abjammöglichkeit verringern werden — müssen wir uns und rein landwirtschaftlichen Gründen wie auch in Rücksicht auf das Gesamtwohl gegen die Hochschulpolitik erklären, halten dagegen eine mögliche Erhöhung der Getreidezölle im Rahmen langfristiger Handelsverträge im Interesse der Besserung der landwirtschaftlichen Notlage für durchaus erwünscht und segensreich.

Die gowernementale „Straßburger Post“, die den innerlichen Zollforderungen selbst erhebliche Konzessionen zu machen bereit ist, erblickt in der obigen Protestkundgebung der unterirdischen Bauern gegen die Präntentionen der ostelbischen Großgrundbesitzer ein „besonders wertvolles Stimmungsbild“. —



### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Von der Strafkammer zu Erfurt wurde am Dienstag, wie uns von dort berichtet wird, der Glasergehilfe Krndt wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Wochen davon wurden als durch die etwa zwei Monate lange Untersuchungsfrist verbüßt erachtet. Der Angeklagte hatte Mitte Dezember vorigen Jahres in Bezug auf ein in der Werkstatt befindliches, zum Einrahmen bestimmtes Kaiserbild eine unflätige Bemerkung gemacht. Nach Verlauf eines Monats, als Krndt mit einem Arbeitskollegen in Streit geriet, teilte dieser die unter Anklage stehende Äußerung dem Meister mit, um an Krndt, wie er ausdrücklich zugab, einen Nachsatz zu verüben. Der Meister zeigte wiederum die Äußerung erst dem Staatsanwalt an, als er ebenfalls mit Krndt in Streit geriet und von diesem vor dem Gewerbegericht verklagt worden war. Krndt war deshalb seiner Zeit vom Gewerbegericht weg verhaftet worden. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt mit Rücksicht darauf, daß die Äußerung nicht als eine gelegentliche Schandthatigkeit, sondern als die „Frucht der Respektlosigkeit, die jetzt durchs Volk geht“, anzusehen sei.

Die Zukunft unserer Chinaschutztruppe schildert der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in wenig verlockenden Farben. Er schreibt u. a.:

Die Vorgänge in Tientsin, die das Vorhandensein weitgehender, zu Thätigkeiten ansetzender Differenzen zwischen den verschiedenen, dem internationalen Expeditionscorps angehörenden Truppenteilen beweisen haben, lassen die Coexistenz von einem Duzend verschiedener Kontingente in dem zu erachtenden Gefandtschaftsdistrikt als nicht ohne Gefahr für die sonstigen Bewohner desselben erscheinen, jedenfalls aber als kaum geeignet, den Chinesen einen besonderen Begriff von der Einigkeit der Vertragsmächte zu geben. Die Sache hat aber auch noch eine andre ernsthafte Seite, die man wohlthun würde, in ernsthafter Erwägung zu ziehen, ehe es zu spät ist. Beschäftigt man, die die Garnison des Gefandtschaftsdistrikts oder der in demselben befindlichen Gefandtschaften bildenden Mannschaften daselbst eingeschlossen zu halten, dann muß man für ihre Verpflegung und leiblichen Genüsse innerhalb dieses Distrikts sorgen, was kaum dazu beitragen dürfte, es zu einem besonders beneidenswerten Aufenthalt für die andern Bewohner zu machen. Will man aber den 2000 Mann, die, wenn ich nicht irre, für den Schutz der Gefandtschaften in Aussicht genommen worden sind, gestatten, sich ihre Zerstreungen und Vergnügungen außerhalb des Gefandtschaftsdistrikts zu suchen, so können wir mit Sicherheit darauf rechnen, in nicht allzulanger Zeit die Nachricht zu erhalten, daß einer oder der andre dieser Gefandtschaftsverteidiger, vielleicht auch mehrere, von den Chinesen totgeschlagen worden seien. Es ist auf der einen Seite viel zu viel daß gesagt worden, als daß er nicht ab und zu in blutiger Saat aufgehen sollte, und es finden in 2000 Männern zwischen 20 und 25 Jahren auch im besten Falle so viele gefährliche Elemente, daß Aufbesserungen ihrerseits und dadurch hervorgerufene Exzesse des chinesischen Pöbels nicht nur zu den Möglichkeiten der Lage, sondern zu den Gewissheiten gezählt werden müssen. Und was dann? Sollen solche Vorkommnisse, auf die, wie gesagt, mit Sicherheit zu rechnen ist, dann den Vorwand für neue Expeditionen oder zu Strafmaßnahmen an Ort und Stelle, manz militäri, die Veranlassung geben?

### Ausland.

#### Die russische Gärung und die Offiziere.

Es ist sehr charakteristisch, daß der jetzigen Protestbewegung in Rußland nicht nur die Arbeiterschaft, nicht nur die akademisch-literarische Welt, nicht nur das Kleinbürgertum, sondern auch viele Offiziere sympathisch gegenübersehen. Vielleicht hat auch dieser letzte Umstand ganz besonders die Regierung zum Rückzuge veranlaßt und zur Nichtanwendung der „temporären Universitätsregeln“ gezwungen.

In Moskau haben viele junge Offiziere, die die Demonstranten in der Manege bewachten, mit denselben freundlich verkehrt, sie boten um Erlaubnis, den Reden der Studenten beizuwohnen und zu verhindern einen Obersten, einen Angriff auf die Studenten zu machen. In Petersburg warfen sich während der Demonstration am 17. März einige Offiziere aus dem Publikum auf die Kosaken und suchten sie zurückzuhalten, ein Offizier verwundet sogar mit seinem Säbel einen wütenden Kosaken. Noch charakteristischer ist aber der Umstand, daß am 4./17. März in Moskau viele Offiziere ihren Wohnungen fern blieben, weil man die Requirierung des Heers erwartete und sie nicht an der Erscheidung der Unruhen teilnehmen wollten.

Die Bewegung und die Frauen. Manchem Deutschen wird es wohl etwas seltsam erscheinen, daß an den Demonstrationen, die doch mit Lebensgefahr verbunden waren, so viele russische Studentinnen teilgenommen haben. Wer aber etwas näher mit den russischen Verhältnissen vertraut ist, wird sich wohl kaum darüber wundern. Die russische gebildete Frau hat sich immer durch ihre Bereitwilligkeit zur Selbstopferung für die Volkssache ausgezeichnet. Als Volksschul-Lehrerin geht sie in die entlegensten Dörfer des weiten Vaterlands, und für wahre Hungerlöhne, die sie auch nicht einmal erhält, widmet sie sich der Volksaufklärung mit einem fanatischen Eifer, so lange nicht ihre schwachen Kräfte durch die miserablen Verhältnisse völlig erschöpft sind.

Als Ärztin und Heilgehilfin hat sich die russische Frau durch ihre rastlose Thätigkeit in Kriegs- wie in Friedenszeiten einen großen Ruhm erworben. Bricht eine Typhus-, Stobut- oder andre Epidemie aus, wie sie jetzt infolge der chronischen Hungernöthe leider so oft das russische Vaterland heimsuchen, so eilen zahlreiche russische Frauen, jede Gefahr misachtend, dem unglücklichen, ausgehungerten Volk Hilfe zu bringen. Aber auch in der revolutionären Bewegung, also heutzutage der socialdemokratischen, ist die russische gebildete Frau zahlreich vertreten. Sie geht in die Gefängnisse, wandert nach Sibirien und kämpft Schulter an Schulter mit ihren männlichen Kampfgefährten für die Ideale der Menschheit.

Wie hätte da in einem solchen Moment die russische Frau fehlen können. In einem Moment, wo zum erstenmal ein so gewaltiger Protest gegen die Niedertretung der menschlichen Persönlichkeit erhoben wurde. Wie grausam sie für ihren Geknechteten zu leiden hatte, ist bereits im „Vorwärts“ geschildert worden. Die gesamte deutsche und überhaupt ausländische Presse hat denn auch, von den konservativen bis zu den socialistischen Blättern, diesem Heroismus ein mehr oder minder großes Verständnis entgegengebracht. Nur der Korrespondent eines einzigen Berliner Blattes besaß die Schamlosigkeit, noch in cynischer Weise über die Opfer der Ruine zu höhnen. Es ist nicht nötig, diesen Korrespondenten und seine Ablagerungsstelle der besonderen Beachtung preiszugeben, da selbst die Leser dieses Blattes sich von dem Geschreibsel dieses Pregelosen mit Ekel abgewendet haben werden.

### Dänemark.

Das Ergebnis der Kopenhagener Stadtverordnetenwahlen, über die der „Vorwärts“ vor 8 Tagen kurz berichtete, ist nicht nur als ein bedeutender Sieg der Opposition anzusehen, sondern zeigt auch wiederum, daß die Socialdemokratie und die liberale Demokratie beständige Fortschritte in Kopenhagener Stadtparlament machen. Die Opposition verfügte 1891 über nur

2847 Stimmen, dann machte sie von Jahr zu Jahr Fortschritte; 1897 waren es bereits 11465 und 1901: 15983 Stimmen. Dagegen nahm die Stimmenzahl der Konservativen in den früheren Jahren bald zu, bald ab, bis seit dem Jahre 1888 ein beständiger Rückgang eintrat: 1888 hatten sie 11747 Stimmen, jetzt nur noch 10468. In den letzten Jahren siegte regelmäßig die Liste der Opposition. — In jedem Jahre scheiden sechs Stadtverordnete aus, für die Ersatzwahlen stattfinden; die Ausgeschiedenen sind jedoch wieder wählbar. Da nun in den letzten Jahren an Stelle der ausgeschiedenen Konservativen beständig Socialdemokraten und Demokraten gewählt wurden, ist die Zahl der Konservativen im vorigen Jahr auf 7 und jetzt auf 4 zurückgegangen. Ueber diesen sitzen jetzt im Stadtverordneten-Kollegium 20 Liberale und 16 Socialdemokraten. Sehr wahrscheinlich ist es, daß den Konservativen im nächsten Jahr noch weitere 3 Mandate abgenommen werden und sie dann nur noch einen Abgeordneten übrig behalten werden.

Von den Stadtverordneten sind 12 Arbeiter, 18 Handwerksmeister und Industrielle, 3 Kaufleute, 1 Gärtner, 3 Juristen, 2 Cand. phil., 3 Ärzte, 2 Ingenieure, 2 Bankbeamte, 1 Architekt und 1 Zeitungsverleger. Wie man sieht, sind die Arbeiter den Verufen nach in der Majorität.

### Frankreich.

Erkrankung Waldeck-Roussiaux. Eine neue ärztliche Untersuchung des seit einigen Tagen in ärztlicher Behandlung befindlichen französischen Ministerpräsidenten führte zur Feststellung eines neuen Schwäres in der Niere. Nichtsdestoweniger gedenkt Waldeck-Roussiaux am Ostermontag seine Reise nach Nizza und Koulon anzutreten, auf der ihm die Minister des Krieges, des Ariege, der Marine, des Ackerbaus und der Eisenbahnen begleiten werden.

### Serbien.

Das neue Ministerium. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Ministers des Ackerbaus Dr. Michael Duitich zum Ministerpräsidenten, des früheren radikalen Ministers Peter Belimirovitch zum Minister der öffentlichen Arbeiten und des früheren Vizepräsidenten der Slupschina Dragontin Stamenkowitz zum Justizminister. Das Kabinett zählt jetzt 4 Radikale, 2 Neutrale und 2 Fortschrittler.

### Amerika.

Vom Philippinenkrieg. Aus Washington wird gemeldet: Obwohl Aguinaldo den Treueid geleistet hat, wird er doch Gefangener bleiben, wenn gleich er möglicherweise etwas mehr Freiheit erhalten wird. — Nach einer Meldung der „Frankfurt-Zeitung“ aus New York hält man dort den Philippinen-Krieg für ziemlich beendet, da sich außer dem General Gonzales auch noch der Führer Tschou mit zahlreichen Mannschaften ergeben habe.

### Boeren-Krieg.

#### Wiederannahme des Minenbetriebs.

Nach einer Mitteilung der Minenkommission von Transvaal hat Lord Ritzener drei Gesellschaften die Erlaubnis erteilt, je 50 Stampfwerke wieder in Betrieb zu setzen, unter der Bedingung, daß die Minenarbeiter nur einen Tagelohn von 5 Schilling sowie Lebensmittel erhalten; der Rest ihres gewöhnlichen Lohns soll zu einem Fonds für die Witwen und Waisen der während des Kriegs getödteten Landbewohner verwendet werden. Durch diese Bestimmung werden die Minenarbeiter mit den irregulären Truppen auf gleichen Fuß gestellt, wodurch beabsichtigt wird, Unzufriedenheit unter den letzteren zu verhindern. Alle Minenarbeiter werden aufgefordert, sich in die Rand Rifles einzureihen zu lassen. Die den drei Gesellschaften erteilte Erlaubnis soll allmählich auf sieben Gesellschaften ausgedehnt werden.

Ob die Boeren die allmähliche reguläre Wiederannahme des Minenbetriebs zulassen werden? Für die

#### Fortdauer des Guerillakriegs

auf den verschiedensten Teilen des Kriegsschauplatzes zeugen folgende Nachrichten:

Naampoot, 2. April. Infolge erneuter Thätigkeit der Boeren in der Zerstörung von Bahnlagen wurde der Bahnverkehr nach Norden während der Nacht wieder suspendiert. — In der Kapkolonie befinden sich nur noch kleine zerstreute Boerenabteilungen.

Durban, 2. April. Die Boeren sprengten heute in der Nähe von Newcastlle einen Zug in die Luft, zogen sich aber in die Berge zurück, als Campbells Truppen auf dem Platz erschienen.

London, 3. April. Aus Pretoria wird berichtet: Die Umgegend der Stadt wird immer noch von Boeren banden unsicher gemacht. Die Engländer besetzen die Stadt Warmbates.

Aus Kapstadt wird telegraphiert: Mehrere Boerenkommandos überschritten die Eisenbahn zwischen Bethulle und Burgersdorp und werden von den englischen Truppen verfolgt.

#### Die tägliche Verlustliste

umfaßt für gestern 6 Tote, 4 Verwundete und 11 an Krankheiten Verstorbene.

### Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

15. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, 3. April, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung mit einem bewegten Ausruf für den so plötzlich am 31. März, dem Tage vor seinem Amtsantritt als Stadtkämmerer verstorbenen, heute beerdigten, bisherigen Kollegen Dr. Schwalbe. Er rühmt ebenso den hohen stillen Ernst, der den hervorsteckendsten Charakterzug des Entschlafenen gebildet, wie seine Begeisterung für die Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts innerhalb des modernen höheren Schulwesens.

Die einleitenden Schritte zur Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtkämmerers sollen unverweilt erfolgen. In den Ausschuss für die Beratung über die event. Aenderung des Statuts des Gemeinde-Verwaltungsfonds ist auch Stadtv. Stadthagen (Soc.) gewählt worden.

Ueber die Vorlage, betr. die

#### Aufstellung von Kanzlisten als Gemeindebeamte

referiert namens des Staatsauschusses Stadtv. Liebenow. Der Ausschuss hat sich mit der Angelegenheit in zwei Sitzungen beschäftigt. Die Gemeinlichkeit, den Kanzlisten die Beamteigenschaft zu verleihen, war nur sehr bedingt vorhanden, da gewöhnlich die Kanzlistenstellen den Militärärzten vorbehalten sind; diese haben sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht beworben, würden aber, wie man im Ausschuss anmahnt, die im Gehalte gehobenen und in Beamtenstellen verwandelten Posten begehren, und dann müßten die jetzigen Inhaber als Civilamtsverwalter entlassen werden. Eine solche Konsequenz läge weder im Interesse der vorhandenen Kanzlisten noch der städtischen Verwaltung. Unter diesen Umständen hat die Ausschussmehrheit dem Magistratsvorsitzenden, vorläufig nur 50 von den 114 Kanzlisten als Gemeindebeamte auf Kündigung anzustellen zugestimmt, die Gehaltskala aber verbessert. Nach der Vorlage soll das Gehalt während der Probezeit pro Tag 3 M., nach 1 Jahr 1200 M. und nach 3, 5, 8, 11, 14 Jahren 1320, 1440, 1620, 1800 und 1920 M. betragen. Nach dem Ausschussvorschlage verbleibt es bei 3 M. und 1200 M., dann sollen aber nach 2, 4, 6, 9, 12, 15 Jahren Gehaltsstufen von 1350, 1500, 1650, 1800, 1950 und 2100 M. erreicht werden. — Die Kanzlisten haben um feste Aufstellung aller Kanzlisten nach drei Dienstjahren auf Lebenszeit petitioniert.

Ohne Debatte stimmt die Versammlung den Ausschussanträgen zu und erklärt die Petition durch diesen Beschluß für erledigt.

### Für den

#### freihändigen Erwerb des Vorgartenlands

vor den Grundstücken Potsdamerstr. 108 und 99 sollen 20 M. pro Quadratmeter gezahlt werden. Der Referent Stadtv. Pflücker empfiehlt die Genehmigung der Forderung.

Stadtv. Dr. Nathau (R. L.) nimmt Gelegenheit, einen Angriff der „Allgemeinen Haus- und Grundbesitzer-Zeitung“ auf ihn abzuwehren. Das Blatt habe ihn aus Anlaß seiner Thätigkeit im Ausschuss für die Wohnungsfrage als Interessenten verdächtigt, weil er die Berliner Baugenossenschaft leite und diese 5 Proz. Dividende zahle. Die Vorlage bittet er abzulehnen. Die betreffenden Vorgärten existierten gar nicht mehr; die Besitzer hätten bei den Umbauten ihrer Häuser große Läden angelegt und hätten nicht daran, später etwa die Vorgärten wieder anzulegen.

Stadtv. Borgmann (Soc.): Der Magistrat wie auch jetzt der Ausschuss scheinen das Verlangen der Versammlung, die Vorgärten in der Potsdamerstraße zu entfernen, ganz falsch aufzufassen. Es sind hier ja gar keine Vorgärten mehr vorhanden, die Terrains sind längst freigelegt. Wenn auch schließlich in der Potsdamerstraße die Große Berliner Straßenbahn die Kosten zu zahlen hat, so würden wir uns doch mit der Annahme des Ausschussantrages principiell festlegen. Die Vorlage muß daher abgelehnt oder doch dem Ausschuss zurückgegeben werden, damit er sich dieses Verhältnisses des verlassenen Stadtkindes Neubrück nochmals recht gründlich ansehe. (Weisfall.)

Stadtrat Voigt: Daß die betreffende Fläche eingezäunt ist, darauf allein kommt es nicht an, sondern daß wir eben, auch in die Tiefe hineingehen können mit unseren Röhrenleitungen u. dgl. Dazu ist nötig, daß wir das Eigentum an diesen Terrains erwerben. Eine Vertagung des Erwerbs kann nur die Folge haben, daß die Stadt später viel schwächer und teurer das Eigentum erkaufen muß.

Nachdem Stadtv. Wallach (R. L.) ebenfalls für Ablehnung gesprochen, hebt Stadtv. Borgmann nochmals hervor, daß die gleiche Situation in Berlin noch in zahlreichen andern Straßen vorhanden sei. Schon um nicht ein gefährliches Präjudiz zu schaffen, müsse man die Vorlage ablehnen.

Die Vorlage wird abgelehnt. Die Boretwürfe zum Neubau des Waisenhauses in der Alten Jakobstr. 33/35 und für das Sparfassen-Gebäude in der Linstr. 7/8 überweist die Versammlung besonderen Ausschüssen.

#### Der specielle Entwurf für das

#### neue Verwaltungs-Dienstgebäude

(zweite Kathaus) liegt nebst einem mit 6945 000 M. abschließenden Kostenanschlag der Versammlung vor.

Stadtv. Wommsen beantragt Ausschussberatung. Ihm scheint die Fürsorge für genügend belichtete Diensträume vor der früheren Ausgestaltung und der Rücksicht auf die architektonische Wirkung immer noch zu sehr zurückgetreten zu sein.

Stadtbaurat Hoffmann: Gegenüber dem Boretwurf sind die Fensterflächen um 2000 Quadratmeter vermehrt worden, was allein an jährlichen Mehrkosten für das Buzen 5000 M. erfordert. (Geheuerkeit.) Eine nochmalige Ausschussberatung würde die endliche Inangriffnahme des Baues abermals hinauszögern.

Stadtv. Wommsen verbleibt bei seinem Antrage. An dem Grundriß werde ja vom Ausschuss nichts geändert werden, man könne ja mit den Anschätzungen inswischen beginnen.

Stadtv. Singer (Soc.): Auch mit der Ausschussberatung können wir ohne polizeiliche Bau-Erlaubnis nicht beginnen. (Zustimmung und Widerpruch.) Aus einer neuen Ausschussberatung dürfte nichts herauskommen, außer daß Zeit verloren geht. Wir wünschen alle dringend mögliche Beschleunigung der städtischen Bauten, aber dann dürfen wir nicht selbst zur Verlangsamung beitragen. Der erste Ausschuss soll mit aller Gründlichkeit zu Werke gehen, die Ausschussberatung von Specialprojekten aber können wir uns sparen, namentlich wo es sich um so winzige Einwendungen handelt. Es ist doch beschlossenen, mit dem Abbruch der Gebäude demnächst zu beginnen; soll die Grundeigentums-Deputation sie jetzt nochmals in Verwaltung nehmen? Die 4 oder 6 Wochen Zeitverlust wäre reine Verschwendung.

Stadtv. Jacobi (R. L.) kann sich auch von nochmaliger Ausschussberatung nicht verprechen.

Stadtv. Nischelet (Fraktion Wommsen) dagegen teilt das große Bedenken des Stadtv. Wommsen. Den Ausschuss könne man ja schon heute vom Vorstand ernennen lassen.

Stadtbaurat Hoffmann: Die Frage der breiteren Fensteröffnungen ist ganz besonders genau geprüft worden. In der Bau-Deputation hat Herr Kuhlmann, im Magistrat der Kammerer die Fenster wieder schmaler haben wollen, und beide haben erst auf mein Witten davon Abstand genommen.

Nachdem auch Stadtv. Gsmann (Fr. Wommsen) sich für die Genehmigung des Entwurfs ausgesprochen, wird nach Ablehnung des Antrags Wommsen der Entwurf genehmigt.

Stadtv. Dr. Preuß hatte im Anschluß an die

#### Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse

der Betriebsbeamten eine Resolution beantragt, den Magistrat zu eruchen, auch bei der Verwaltung des Vieh- und Schlachthofs darauf Bedacht zu nehmen, daß nach Möglichkeit an die Stelle der Annahme durch Privatdienstvertrag die Anstellung als Betriebsbeamte trete.

Stadtv. Preuß ist an der heutigen Sitzung teilzunehmen verhindert; an seiner Statt empfiehlt Stadtv. Rosenow (R. L.) die Annahme der Resolution. In der vorigen Sitzung habe der Stadtrat Häbner die definitive Anstellung von Tierärzten, Fleischbeschauern und Fleischbeschauerinnen für ein Ding der Unmöglichkeit erklärt, weil dabei das Polizeipräsidium mitzureden habe. Diese Ansicht sei nicht richtig, denn nach einem Bescheide des Oberpräsidenten sei wenigstens für die Tierärzte das Einspruchsrecht des Polizeiprääsidenten kein Hindernis für die Anstellung.

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soc.): In einem Bescheide an die Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen hat der Polizeipräsident ausdrücklich daselbe hervorgehoben. Es liegt uns ja sehr wenig daran, neue Beamtenkategorien zu schaffen. Wir wollen vielmehr, daß alle im Dienste der Stadt befindlichen Personen ein auskömmliches Gehalt und eine möglichst gesicherte Position erlangen. Für die Fleischbeschauer und wahrscheinlich auch für die Tierärzte liegen die Verhältnisse insofern eigenartig, als sie vor Gericht dann als Beamte behandelt werden, wenn sie irgend etwas verbrochen haben, indem sie dann schärferer Strafe verfallen. In einem kürzlich verhandelten Fall erhielt der Eigentümer eines kranken Tieres, welches der Fleischbeschauer für gesund erklärt hatte, nur einen, der Fleischbeschauer aber zwei Monate Gefängnis. Warum sollen diesen Beamten nur die Nachteile der Beamtenqualifikation zuteil kommen? Wir werden für die Resolution Preuß stimmen.

Stadtv. Wallach bittet, die Resolution abzulehnen. Die Polizei könne ganz beliebig die Entlassung eines solchen Beamten verlangen.

Stadtv. Rosenow weist auf die Analogie der Standesbeamten hin.

Oberbürgermeister Kirchner: Nach uns vorliegenden Erkenntnissen des Reichsgerichts und des Obergerichtspräsidenten haben diese Personen nicht Beamtenqualität; die Anstellung des Stadtrats war also korrekt. Wir würden uns freiwillig in ganz sonderbare Verhältnisse begeben, wenn wir jemand, der bloß auf Widerruf von einer andern Stelle angestellt ist, zum Gemeindebeamten machten. Praktisch läme die Sache schließlich auf das Steuerprivileg heraus.

Stadtv. Rosenow: Erstreiten können die Leute allerdings die Anstellung nicht; aber sollen denn jetzt gerade diese Beamtenkategorien des Vieh- und Schlachthofs bloß wegen des Einspruchsrechts des Polizeiprääsidenten nicht in Betracht kommen!

Oberbürgermeister Kirchner! Nicht deswegen, sondern weil, wie die Gerichte angenommen haben, nach der Natur der Beschäftigung ein Beamtenverhältnis nicht vorliegt, ist bisher die Beamtenqualität verneint worden.

Die Resolution wird abgelehnt.



**Sächsischen Bibliothekwesens**

hat der Magistrat dem Ersuchen der Versammlung entsprechend gewisse Grundzüge aufgestellt. Danach soll eine eigene Stadtbibliothek auf dem Grundstück, Zimmerstr. 90/91 nach dem Auszuge des Märkischen Museums untergebracht werden. Zunächst sind für diese Stadtbibliothek nur Anlässe in den verschiedenen „Stiftungen“ und in denjenigen Beständen vorhanden, welche aus der Magistratsbibliothek als entbehrlich ausgesondert sind. Ueber den sonstigen Inhalt der „Grundzüge“ sind die Leser des „Vorwärts“ bereits orientiert.

Von verschiedenen Seiten ist Ausschussberatung beantragt worden, u. a. vom Stadtv. Bruns.

Stadtv. Nathan: Das vom Magistrat vorgelegte Programm über die Regelung des sächsischen Bibliothekwesens hat im allgemeinen meinen Beifall. Nur vermisse ich darin die Erwähnung der Lehrerbibliotheken. Für wissenschaftliche Zwecke haben wir die königl. Bibliothek usw. Die Magistratsbibliothek zu einer Gelehrtenbibliothek zu machen, erscheint mir auch nicht zweckmäßig; es würde eine Handbibliothek genügen. Die jetzige Stadtbibliothek ist nur ein Dorf; sie ist nicht einheitlich, es ist kein Katalog vorhanden, sie muß zu einer Bibliothek für allgemeine Bildungszwecke ausgebaut werden, für den breiten Mittel- und Arbeiterstand. Die Magistratsvorlage will diesen Ausbau weiterer Entschiedenheit vorbehalten; ich glaube, der Ausschuss wird die erforderlichen Schritte in meinem Sinne schon jetzt vorschlagen können. (Zurufe: Schluß! Ausschuss!) Sie scheinen für diese wichtige Frage nicht das volle Verständnis zu haben. Dem Bildungsbedürfnis der Bevölkerung genügen die Berliner Volksbibliotheken nicht; es muß dafür ein größeres Reservoir gebildet werden. (Beifall.)

Stadtv. Neumann (A. L.) nimmt für seine Freunde dasselbe lebhafteste Interesse an den Volksbildungsbeförderungen in Anspruch wie der Redner, glaubt aber, daß man die spezielle Erörterung der Frage dem Ausschuss überlassen könne.

Stadtv. Goldschmidt H. (A. L.) will dem Ausschuss die Aufgabe zuteilen, das Bibliothekwesen etwas weiter und würdiger auszugestalten nach dem Muster der amerikanischen Bibliotheken, die er aus eigener Anschauung kennen gelernt hat. Namentlich für die Volksbildung geschehe dort ungeheuer viel. (Beifall.)

Stadtv. Bruns (Soz.): Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ein größerer Teil der Kollegen sich für die Volksbibliothek-Frage bisher nicht besonders interessiert hat. Noch vor einigen Jahren hat nur ein sehr kleiner Bruchteil dieser Versammlung der Frage ein größeres Interesse entgegengebracht. Um so erfreulicher ist der jetzige Umschwung. Ich bin allerdings mit dem Kollegen Nathan der Meinung, daß die Magistratsvorlage allen Wünschen dieser Versammlung durchaus nicht Rechnung trägt. Trotz der Versicherung des Magistrats kann ich nicht finden, daß für das Volksbibliothekwesen ausreichend Vorlage getroffen ist. Handelt es sich hier um neue Gesichtspunkte, so müssen dafür auch die erforderlichen Geldmittel flüssig gemacht werden. Die Ausschussberatung wird zeigen, ob die Liebe der Herren sich in Taten umsetzt.

Nachdem auch Stadtv. Friedemann (A. L.) sich für die Ausschussberatung ausgesprochen hat, wird diese einstimmig beschloffen.

Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung haben nur untergeordnetes Interesse.

Schluß 7/48 Uhr.

**Partei-Nachrichten.**

Das dreißigjährige Jubiläum ihres Bestandes beginnt am 2. April unser Dresdener Parteivorstand. Am 2. April 1871 wurde die erste Nummer des „Dresdener Volksboten“ herausgegeben; sein erster Redacteur war A. Otto-Walster. Der Weg von den ersten bescheidenen Anfängen bis zu der heutigen stolzen Bewegung ist auch in Dresden ein mühevoller gewesen; zu den Erfolgen hat die Presse ihr gut Teil beigetragen. Unter den Mitarbeitern und Redactoren der ersten Periode finden wir bekannte Namen, wie Max Regel, Joseph Dietrich, Heinrich Riger, Rahmt, Ebert, Ignaz Auer, Wilhelm Dieblich, Hermann Goldstein, und vor allen Max Kahler.

Nach siebenjährigem Bestehen legte das Dresdener Arbeiterblatt seinen bisherigen Namen „Volksbote“ ab. Max Kahler sah wieder einmal im Gefängnis und Genosse Goldstein war nur in der Lage, ihn provisorisch zu vertreten. Da übernahm Genosse v. Bollmar, der von München übergesiedelt war, die Redaktion des Blatts, dessen Format eine Vergrößerung erhielt und dessen Name nun „Dresdener Volkszeitung“ lautete. Nicht lange aber dauerte es, da war auch Bollmar gefängnisreif. Als das Socialistengesetz fertig wurde, das die Redaction hinter Schloß und Riegel, Regel übernahm in jenen Tagen, wo die Reaktion mit der Waffe des Ausnahmegesetzes um sich zu schlagen begann, die Leitung des Blatts. Doch in demselben Monat November, in dem Regel die „Volkszeitung“ übernommen, wurde dieselbe auf Grund des Socialistengesetzes verboten. Nach wenigen Monaten erschien die „Dresdener Presse“, die aber nur kurze Dauer bestand; nachdem 74 Nummern erschienen, wurde auch sie unterdrückt. Die Dresdener Arbeiterschaft ließ sich jedoch nicht werfen, und so erschien zunächst unter Leitung Regels der „Hiddigeigel“, Organ für Wit und Galgenhumor, bis zu seiner „Hinterziehung“ am 11. April 1881 ein beliebtes Organ der Dresdener Arbeiter.

Weiter ging's! Schon war in der Dresdener „Abendzeitung“ ein neues Arbeiterorgan entstanden: sie brachte es auf 41 Nummern. Da die damals bevorstehenden Reichstagswahlen dringend ein Blatt zur Vertretung unserer Partei erforderten, so wurde trotz aller Verbote doch der Versuch gemacht, Erlas zu schaffen. Aber dieser Versuch mißlang schon in seinen ersten Anfängen. Das neue Zeitungsunternehmen wurde schon in den Korrekturenspalten konfiszirt und verboten; zahlreiche Anklagen wurden erhoben und bald schon Redaction, Expedienten und viele andre thätige Genossen im Gefängnis. Gewaltige Polizeiaktion! Die hohe Obrigkeit kam in die Drucker, hielt Hausdurchsuchung, fand im Ofen verbranntes Papier, schloß daraus auf Vernichtung von „belästigendem“ Material und verhaftete sämtliche Anwesende: Seher, Drucker, Maschinenmädchen und den Kaufmann. Das Personal wurde ohne Anklage-Erhebung bald wieder entlassen, die Druckerei aber blieb geschlossen, weil sich niemand von denen, die zum Aufsichtlichen beauftragt waren, mehr auf freiem Fuße befand.

Es folgt sodann das „Sächsische Wochenblatt“, der direkte Vorläufer des jetzigen Organs; vom 1. April 1886 an erschien es zweimal. Das „Wochenblatt“ hat der Dresdener Arbeiterschaft sieben Jahre zur Seite gestanden, schließlich wurde es doch noch vor dem Fall des Socialistengesetzes verboten. Weihnachten 1889 folgte nun die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, die schon im Jahre 1890 unter Dr. A. Brauns Leitung in ein täglich erscheinendes Blatt umgewandelt werden konnte. — Die Geschichte unseres Dresdener Bruderorgans ist, wie wir sehen, eine lange Kette von Drangsalierungen, Verfolgungen aller Art, die es aber doch von Erfolg zu Erfolgen geführt hat.

**Partei-Pressen.** Die Niederrheinische Volksstimme in Düsseldorf heißt vom 1. April ab „Düsseldorfer Volkszeitung“ und wird von den Düsseldorfer Genossen nunmehr in eigener Regie hergestellt. Die Buchhandlung des Blatts, Verlag von Max Mattäus, ist noch wie vor Graf Adolfsstr. 41, während die Redaktion unter Leitung des Genossen Wessell, sowie die Expedition und Druckerei des Blatts sich Münsterstr. 67 befinden. Briefe z. wolle man je nachdem für die Abteilungen bestimmen, mit der genauen Adresse, und namentlich Straße versehen.

**Politikliches, Gerichtliches u. s. w.**

— Die bekannte Frommhold-Kammer sah, wie kurz gemeldet, am Dienstag über den verantwortlichen Redacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Genossen Fleißner, zu Gericht. Im Dezember vorigen Jahres war der Schreiber

bei der Dresdener Staatsanwaltschaft Richter wegen Verdachts, ein 16jähriges Mädchen im Großen Garten vergewaltigt zu haben, verhaftet worden. Er wurde aber bald darauf auf freiem Fuße gesetzt und die Anklage wurde niedergelegt. Die „Arbeiterzeitung“ knüpfte an dieses Vorkommnis einige harmlose Bemerkungen. Das Urteil lautete auf 1000 M. (in der gestrigen Notiz hieß es infolge eines Telegrammfehlers irrtümlich 1800 M.) Geldstrafe oder im Nichterbringungsfall auf 200 Tage Gefängnis.

— **Kalenderverbreiter freigesprochen.** Vor dem Schöffengericht zu Reichen handelte dieser Tage eine Anzahl Parteigenossen, um sich wegen Verbreitung von „grobem Unfug“ zu verantworten. Ein früherer Termin brachte die Sache nicht zum Abschluß, weil niemand aufzutreiben gewesen war, der „Kerngeheim“ genommen hätte an den Kalendern, welche verbreitet worden waren. Im zweiten Termin trat der Gemeindevorsteher, ein Gendarm und der Schmiel eines Dorfs auf, die sich teils über die Verbreitung selbst, teils über den Inhalt des Kalenders geärgert hatten. Es erfolgte trotzdem Freisprechung, weil die Verbreiter in keiner Weise ausdringlich gewesen waren.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Stellenvermittlung an Sonntagen.** Der Bund der Fleischergehilfen Deutschlands, eine Organisation, die vom Centrum protegirt wird, hatte in Berlin an das Polizeipräsidium eine Petition gerichtet, in der um die Vereinfachung des Geschäftsbetriebs der Stellenvermittlung an Sonntagen gebeten wurde. Vom Polizeipräsidium ist hierauf folgende Antwort erteilt:

„Auf die Eingabe vom 26. Februar wird Ihnen erwidert, daß an Sonn- und Feiertagen der Betrieb der offenen Geschäftsstellen der Stellenvermittlung und Gesindevermittlung während derjenigen Zeit verboten ist, in der nach § 1 Absatz 1 und § 4 der Polizeiverordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 20. Juni 1892 ein Gewerbebetrieb auch in den offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes nicht stattfinden darf. Es wird Ihnen anheimgestellt, falls Ihnen Verträge gegen dieses Verbot zur Kenntnis kommen, hiervon dem zuständigen Polizeirevier Nachricht zu geben.“ Danach dürfen am 1. Osterfeiertag, 1. Pfingst- und 1. Weihnachtstfeiertag keine Vermittlungen stattfinden, an andern Sonntagen nur bis 2 Uhr Nachmittags.

Verträge hiergegen werden nunmehr die Gesellen zur Anzeige bringen.

**Umfangreiche Arbeiterentlassungen** haben in den Berliner Betrieben der großen elektrotechnischen Fabriken dieser Tage stattgefunden. Es handelt sich nach unfrischen Feststellungen in erster Linie um Montagepersonal, für das jetzt wenig oder gar keine Beschäftigung vorhanden ist, weil das elektrische Installationsgeschäft seit einiger Zeit andauernd stagniert. Eine der größten Berliner Elektricitäts-Gesellschaften hat infolge Arbeitsmangels jetzt sogar Monteur entlassen müssen, die zehn und zwölf Jahre in Diensten der Firma gestanden haben. Betriebe, die vorher mit 250 Leuten gearbeitet haben, beschäftigen jetzt etwa die Hälfte dieser Anzahl. Die großen Firmen können diese verhängnisvolle Periode eher aushalten, aber bei den kleinen Installateuren macht sich der dauernd schlechte Geschäftsgang in auffällig vielen Zahlungs-einstellungen böß bemerkbar, so daß in der ganzen Electricitätsbranche ein mißtrauisches Reservierverhalten gegenüber dem früheren sorgfältigen Vorgehen bei Angeboten und Projekten Platz gegriffen hat.

**Der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlins** hat beschloffen, an den Landtag eine Petition zu senden, in der er sich gegen ein Mitwirken der Arbeiter an der Baukontrolle ausspricht. Im besonderen wendet sich die Eingabe eingehend gegen die Petition der Arbeiter, die diese Forderung begründete.

**Ueber die Lage des Berliner Arbeitsmarktes im Monat Februar** erstattet der Berliner Centralverein für Arbeitsnachweis folgenden Bericht: Die Geschäftstille hat auch im Monat Februar eingehalten. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist gegen die gleiche Zeit im Vorjahr um nicht weniger als um 997 zurückgegangen. Wenn auch die Zahl der Arbeitsuchenden sich um 360 gegen den Februar 1900 verringert hat, so läßt sich das darauf zurückführen, daß in Arbeiterkreisen der Mangel an offenen Stellen bei uns bekannt geworden ist. Ungünstiges müssen wir auch von dem Arbeitsmarkt in unfrischen Facharbeiten nachweisen berichten. Die Maler, wie überhaupt die Bauarbeiter, gehen einer trübren Zeit entgegen, und verschärft wird die Lage noch bei den Malern, da voraussichtlich ein Streik bei ihnen unabwendbar sein wird. Auch bei den Schlossern wurden, trotzdem der Nachweis gegen Februar 1900 einen durch Umwandlung in paritätische Form bedeutend erweiterten Wirkungsbereich erhielt, an 50 Stellen weniger gemeldet. In der weiblichen Abteilung war eine lebhaftere Nachfrage nach Buchdrucker- und Papierarbeiterinnen vorhanden, welchem Angebot von Stellen durch reichlich vorhandene Arbeitskräfte vollumfänglich genügt werden konnte.

**Zur Lohnbewegung der Sattler.** Am Dienstag haben die Kollegen (S) der Firma Rothschild, Klosterstr. 93, wegen Nichtbewilligung unfrischer Forderungen die Arbeit niedergelegt. Außer genannter Firma sind es nur noch einige Kleinmeister mit ein und zwei Gehilfen, welche unfrische Forderungen noch nicht bewilligt haben.

**Deutsches Reich.**

**Vergehen gegen das Vereinsgesetz.** 30 M. Geldstrafe ebnfünf Tage Haft erhielt der Genosse Paul Jäger vom Schöffengericht in Freiburg in Schloffen abgeurteilt, weil er trotz Aufforderung kein Verzeichnis der dortigen Mitglieder des Textilarbeiter-Verbands eingereicht hatte. Jäger hatte nur als Vertrauensmann des Verbands fungiert, eine Filiale bestand gar nicht. Das half aber nichts, er wurde verurteilt.

**Ausland.**

**Der Ausstand der Hafenarbeiter in Marseille** zeigt weiter einen Rückgang. Am Mittwochmorgen stellten sich 5000 Arbeiter auf den Quais ein, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Ungefähr 4000 sind beschäftigt worden. Zahlreiche Lastwagen verkehren ungehindert.

**Das asiatische Wetterleuchten.**

Auch die heutigen Nachrichten lassen den Konflikt zwischen Japan und Rußland recht bedrohlich erscheinen. Veröffentlicht hoch die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ ein Peking Telegramm vom 2. April, wonach Japan China die schriftliche Versicherung gegeben habe, daß es die Konsequenzen der Weigerung Chinas, den Mandchurien-Vertrag zu unterzeichnen, ziehen werde, selbst wenn diese Weigerung einen Krieg nach sich ziehen werde.

Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so erschiene allerdings der Ausbruch eines russisch-japanischen Kriegs in bedrohlichster Nähe gerückt, es müßte denn sein, daß Rußland es vorziehen sollte, den Entscheidungslampf über die Sympetie in Ostasien auf einen günstigeren späteren Zeitpunkt zu verschieben. Vorläufig freilich scheint es, als ob Rußland sich durch Drohungen nicht einschüchtern lassen wolle. Und auch China hat augenscheinlich mehr Respekt vor dem russischen Wären, als vor den internationalen Mächten. Sehr charakteristisch hierfür ist ein Interview, das der Peking Korrespondent der „Times“ mit Li-Hung-Tschang hatte. Der Berichterstatter telegraphirt darüber:

Li-Hung-Tschang gab zu, daß sich seine Politik auf die Neberzeugung gründet, daß Rußland die einzige Macht sei, die China zu fürchten habe. Rußland habe seiner Zeit China angeboten, wegen der Mandchurien mit ihm zu ver-

handeln. China habe das nicht ablehnen können, da es zu Beginn der Unruhen durch seine Beamten ins Unrecht gesetzt worden sei, indem dieselben russische Streitkräfte angegriffen. Beim Fortschreiten der Unterhandlungen sei Rußlands Ton immer gebieterischer geworden. China würde vorgezogen haben, daß die mandchurische Frage durch das Konzert der Mächte behandelt würde, aber Rußland habe entschieden eine dahingehende Anregung abgelehnt. Als China voridung, daß wenigstens die Bedingungen des Abkommens den befreundeten Mächten mitgeteilt werden sollten, habe Rußland dies unter sagt, indem es jegliche Mitteilung über schwebende Verhandlungen für eine Verletzung des diplomatischen Brauchs erklärte. Li-Hung-Tschang leugnete nicht die Freilich freundschaftlicher Abmachungen zwischen China und Rußland, erklärte aber, sie gingen nur China und Rußland an. Warum wendeten sich die Mächte, wenn sie Informationen wünschten, nicht nach Petersburg, statt nach Peking? China sei bereit, Informationen zu geben, wage aber nicht, Rußland herauszufordern. Entweder fürchteten die Mächte Rußland, wie könnten sie dann übersehen sein, daß auch China Rußland fürchte, oder aber die Mächte betrachteten die Frage als eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung; wie könne in diesem Fall China auf ihre Unterzeichnung setzen, sei aber überzeugt, daß China dasselbe unterzeichnen müsse und auch unterzeichnen werde. Als China die Unterzeichnung verzögert habe, sei die Sprache Rußlands ganz offen eine drohende geworden. Jetzt drohe Rußland geradezu mit der Annectierung der Mandchurien.

Gegen Li-Hung-Tschangs Ausführungen wird sich nichts einwenden lassen. Das von den Mächten niedergeworfene China ist mehr als absolut gezwungen, dem Stärksten und Unverfrorensten Zugeständnisse zu machen. Will Japan die Abtretung der Mandchurien an Rußland nicht dulden, so muß es seine Drohungen schon direkt an die russische Adresse wenden. China selbst wird die Mandchurien schwerlich Rußland wieder zu entreichen suchen, das müßte schon Japan an seiner Stelle besorgen. Die Vorstellungen der Mächte bei dem chinesischen Hofe hätten nur dann einen Sinn, wenn ihre Nichtberücksichtigung den Vorwand für Gebietsannecttionen durch sie selbst bilden sollte. Es fragt sich also, ob Japan es direkt auf einen Krieg ankommen lassen oder durch seinerseitige Erwerbungen ein Gegengewicht schaffen wird. Eine derartige Absicht würde freilich zu neuen Verwicklungen unter den Mächten um möglicherweise zur — allgemeinen Aufteilung führen. Auf alle Fälle hat sich die chinesische Krise wieder einmal ganz bedenklich verschärft. Und wenn das drohende Unwetter auch diesmal wieder vorüberziehen sollte, so hat sein Wetterleuchten die Bedrohlichkeit der Situation doch derartig beleuchtet, daß die Mächte nun erst recht nicht daran denken werden, ihre Truppen zurückzuziehen. In Deutschland speziell denkt man so wenig daran, daß bei den dieser Tage stattgefundenen Kontrollversammlungen wieder eine

**Nachfrage nach Chinafreiwilligen**

hatte gefunden hat!

Erwähnt sei, daß nach einem Telegramm der „Morning Post“ chinesische Beamte am 30. März von Li-Hung-Tschang die Mitteilung empfangen haben wollen, daß das chinesische Abkommen bereits unterzeichnet sei. Die oben erwähnten Auslassungen Li-Hung-Tschangs könnten fast als Bestätigung dieser Meldung angesehen werden.

**Einen Kriegsrat**

der internationalen Truppen hat Waldersee nach dem Winterpalast einberufen. Wie das „Reuter'sche Bureau“ mitteilt, sollen die Generale sich darüber äußern, was den Generalen in betreff des militärischen Vorgehens zu empfehlen sei, das hinsichtlich gewisser Artikel der gemeinsamen Note erforderlich sein könnte“. Ob Waldersee's Einladung sich ebenso klar ausgedrückt hat?

**Wieder einmal ein deutscher „Sieg“.**

Aus Tientsin wird gemeldet: Vergangenen Sonntag wurde 7 Meilen nördlich von hier eine ungefähr 1000 Mann starke Räuberbande von einer Compagnie Deutscher angegriffen und in die Flucht geschlagen. Elf Räuber fielen, fünfzig wurden verwundet, dreißig gefangen genommen; die Deutschen erbeuteten ein Geschütz und eine Anzahl Karren. Wie verlautet, soll ein Duzend Ausländer mit den Räubern in Verbindung stehen.

Die Erringung dieses Sieges scheint den deutschen Truppen auch diesmal nicht allzu sauer geworden zu sein, trotz des „Duzends Ausländer“, von dem die Reuter-Meldung getreulich berichtet. Sollten das Defecture gewesen sein? Bereits einmal tauchte ja das Gerücht von einer Anzahl europäischer Defecture auf, die eine reguläre Räuberbande organisiert hätten.

**Aus Peking**

liegt folgende Reutermeldung vor:

Zehntausend Mann chinesischer Truppen unter dem Schwarzfalgen-Führer Biukuanes (S) sieben zur Zeit zwölf Meilen von Suolin, wo dreitausend Mann französischer Truppen ungeduldig darauf warten, die Chinesen anzugreifen zu dürfen, durch positive Befehle aus Peking aber vom Angriff zurückgehalten werden. Waotingfu ist völlig ruhig und in besserer Verfassung, als irgend eine von den Verbündeten besetzte Stadt. Die obrigkeitlichen Geschäfte werden ganz von chinesischen Beamten besorgt, die französische und die deutsche Kommission verhalten sich rein beratend, sie greifen nur in Fällen ein, wo es sich um wirkliche Ungerechtigkeiten handelt, und handeln dann als eine Art Appellgericht.

**Verwarungen Korea's.**

Nachrichten aus Seoul zufolge hatten der englische und der japanische Gesandte am letzten Montag beim Kaiser von Korea eine Audienz. Der japanische Gesandte führte die Sprache freundschaftlicher Warnung, der englische Gesandte protestierte energisch gegen die Entlassung des Golddirectors Mac Leavi Brown, worauf der Entlassungsbefehl noch am selben Abend zurückgenommen wurde.

**Teile Nachrichten und Depeschen.**

**Leus,** 3. April. (B. L. B.) Die socialistischen Deputierten **Wasly** und **Lamendin** sind hier eingetroffen, um die zwischen französischen und belgischen Arbeitern ausgebrochenen Zwistigkeiten beizulegen.

**Paris,** 3. April. (B. S.) Der Marineminister hat den Befehl erteilt zum Bau von 20 neuen Untersee-Booten.

**Monceau-les-Mines,** 3. April. (B. L. B.) Heute wurde hier ein Arbeiter **Romens Douhairet**, welcher Soldaten zum Ungehorsam aufgehetzt haben soll, in seiner Wohnung verhaftet.

**Marseille,** 3. April. (B. S.) Eine große Feuerbrunst zerstörte eine diesige Dampfmaschine. Man nimmt an, daß Brandstiftung vorliegt. Der Schaden wird auf eine Million Frank geschätzt. Zwei Arbeiter beschuldigten einen Arbeiter **Namens Gaubert** der Brandstiftung, indem sie erklärten, gesehen zu haben, wie dieser das Feuer angelegt habe.

**Kaynadi,** 3. April. (B. L. B.) Die Gesamtzahl der bis jetzt hier vorgekommenen Verfälle beträgt 315. An der Pest gestorben sind 107 Personen, darunter 22 Europäer.







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber irgendeiner Verantwortung.

**Theater.** Donnerstag, den 4. April. Opernhaus. Öffentliche Konzertprobe zum 10. Sinfonie-Abend. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Geschlossen. Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen. Schiller. Ein Schritt vom Wege. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Das Pumpengefäßel. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Die Im Schatten. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Continend Chemänner. Border: Tarentele. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Gastspiel des Schillertheaters. Diefer von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr. Weiten. Die Engländer. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Dantes Theater. Weberdrell. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Rabatten-Bater. Im 5. Bild: Das Weberdrell. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Weisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Eulien. Der Verschwenker. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weisk. Geschlossen. Werke-Milance. Geschlossen. Wietropol. Specialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die Seemannsbrant oder Die Rückkehr aus China. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Steitiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Rigo, der Geigerkönig. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachm. 3 Uhr. Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung. Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen: „Unser Rhein“. Täglich abends von 5-10 Uhr Sternwarte.

**Schiller-Theater** (Wallner-Theater). Donnerstagsabend 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege. Lustspiel in 4 Aufzügen von Ernst Wichert. Freitag (Karfreitag) geschlossen. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Erbfürster. **Apollo-Theater.** Vollständig neues Programm. Auers. • Egger & Rieser. Gerda Walde Mörbitz. • Steidl. • Milons. Paulton und Doley. Salerno. 16 Specialitäten. Anf. 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr. Karfreitag geschlossen. Ostermontag, den 8. April zum erstenmale: **Frau Luna.** **Metropol-Theater** Wehrensstr. 55/57. Das glänzende, vollst. neue Specialitäten-Programm. 18 Debüts an allen Ofterfeiertagen. Man lebt ja nur einmal. Anfang 8 Uhr. Nachts ebenfalls gehalten. **Carl Weiss-Theater** Gr. Frankfurterstr. 132. Heute und morgen geschlossen. — Sonnabend zum erstenmale: Novität. Gr. Hochzeitung. Ein weiblicher Majeppa. Lust. Sensation! Ausstattungsstück mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von R. Lehmann. Musik arrangiert u. teilweise komponiert v. R. Antonius. Anfang 8 Uhr. **W. Noacks Theater.** Brunnenstraße 16. Karwoche geschlossen. 1. Ofterfeiertag: Mutterjegen. 2. u. 3. Ofterfeiertag: Papageno.

**URANIA** \* \* \* Taubenstr. 48/49. Im Theater. Donnerstagsabend 8 Uhr **Unser Rhein** von der Quelle bis zur Mündung. Um 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Unser Rhein.** Invalldenstr. 57/62. **Tägl. Sternwarte.**

**Passage-Panopticum.** **Singhalesen-Troppe** (Ceylon-Insulaner). **Die kolossale Indierin.** (Kinder halbe Preise). Am Karfreitag ist das Panopticum den ganzen Tag geöffnet.

**Central-Theater.** Zum 505. Male: **Die Geisha.** Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag geschlossen. Sonnabend: **San Toy.** Sonntagsnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Rigeunerbaron.** Ab. 7 1/2 Uhr: **Die Geisha.** Montagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Wuppe.** Ab. 7 1/2 Uhr: **Die Geisha.**

**Thalia-Theater** Dresdenstr. 72. Nur noch 11 Vorstellungen: **Der Fadetten-Vater.** Woke mit Ges. u. Tanz in 5 Bildern. Herren: Thomas, Tschelker, Gelmerding, Junfermann, Paulwähler. Damen: Wilton, Rilant, Solé, Bonobius. Im 5. Bild: Das Weberdrell. Freitag geschlossen. Sonnabend und folgende Tage: **Der Rabatten-Bater.**

**Palast-Theater** früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Am 4., 5. und 6. April 1901 bleibt das Theater wegen Vorbereitung zu den Ofterfeiertagen geschlossen. Sonntag, den 7. April (1. Freiertag): **Die Seemannsbrant** oder: **Die Rückkehr aus China.** Volksstück mit Gesang in 4 Akten. Montag, den 8. April (2. Freiertag): **Der Walzerkönig.** Gr. Woke mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Dazu das Hiesig-Apeltprogramm. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

**Reichshallen** Steitiner Sänger. **Großes Elite-Programm!** Anfang dreifache 8 Uhr.

**Passage-Theater** Anf. Wochent. 8, Sonntag 12 Uhr **Das sensationelle April-Programm** Fortsetzung der **Damen-Ring-Kämpfe** Ferner: **Rigo, der Geigerkönig, u. 19 erstkl. Nummern.**

**Cirkus Busch** Donnerstag, 4. April, 7 1/2 Uhr: **Gala-Fest-Abend.** Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor **Horatio A. Smith.** Besonders hervorzuheben: Die gefährliche **Fahrt unter der Tenfelpolbrücke.** Sensationell! Aufsehen erregend! **Ringkampf** mit einem Pferd. Außerdem: Auftreten der neuen Specialitäten und Vorführung vorzüglicher Programmnummern. Zum Schluß: Zum 128. Male: **Die eiserne Maske.** Le masque de fer. Großes historisches Panoptikum-Schauspiel in 4 Akten und 3 Compagnien. Unter anderem: **Die Raub die in die Cirkusfappel hinein!** Fliegen, Karfreitag, keine Vorstellung.

**W. Noacks Theater.** Brunnenstraße 16. Karwoche geschlossen. 1. Ofterfeiertag: Mutterjegen. 2. u. 3. Ofterfeiertag: Papageno.

**Friedrich-Strasse 165** **Castans Panopticum** Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.

**Sanssouci** Sonntag, Montag, Donnerstag: **Hoffmanns-Nordd. Sänger.** Donnerstag zum 3. Mal: **Stief-Brüder.** Anfang 7 Uhr, wochentags 8 Uhr. Wochentags-Bereinsbillets gültig.

**Freie Volksbühne.** VI. Abteilung **Montag, den 8. April (2. Ofterfeiertag), nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lessing-Theater: La Robe rouge (Die Rächerin).** Sonntag, den 7. April, im Carl Weisk-Theater II. Abteilung: **Der Biberpelz.** — Von Gerhart Hauptmann. — Montag, den 8. April (2. Ofterfeiertag): Dieselbe Vorstellung für die III. Abteilung. III. Oper, 28. April. **Der Barbier von Sevilla.** Opernmarken (gelb) à 80 Pfennig sind in den Zahlstellen zu haben. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Apollo-Theater.** Am Ostermontag: Neu einstudiert. **Mit vollständig neuer Ausstattung: Frau Luna** Grosse Ausstattungs-Operette von H. Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke. Gastspiel des Luftballetts „Grigolatis“.

**Riesen-Walfisch** 21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer. Vollständig geräuchert! Zu beschaffen im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr. — Entree 20 Pf. **Kottbuser Damm, Ecke der Boppstraße.** **Achtung! Vereine. Achtung!** **Restaurant zum Bodensee in Birkenwerder,** das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und hoch. Unternehm. für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesellschaften. Sehr gute Küche. Mäßige Preise. Mehrere Säle. **Wirtschaft von echtem, Weiß- und Lagerbier.** Stallung für 100 Pferde. — **Bestochter Garten.** Birkenwerder ist mit Fahrweg in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu erreichen. Den geehrten Vereinen, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen. Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion bei vorheriger Anmeldung Sonderzüge ein. 8902\* **Besitzer A. Ebel.**

**Königsbank** Inhaber: Fr. Walter. 11199\* Gr. Frankfurterstr. 117. Gr. Frankfurterstr. 117. Empfehle den Vereinen und Gewerkschaften meinen Saal und Garten, beides mit Theaterbühnen versehen, zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen unter sehr günstigen Bedingungen. 11199\* 1. Pfingstfeiertag ist noch frei für Vereine. 2. und 3. Ofterfeiertag: **Großer Ball.** Jeden Montag: **Norddeutsche Sänger.** Entree frei.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel** Karlsruherstr. Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction: Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hütt. Neben Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

**S. Scholz' Festzäle u. Garten,** Gr. Frankfurterstr. 74, 10620\* empfiehlt seinen großen Saal mit Theaterbühne und Garten zu Sommerfestlichkeiten an Vereine. Besondere Sonnabende noch frei. Ein großes Berechtigungszimmer mit Piano. Jeden Sonntag grosser Ball. Anf. 4 Uhr. Montag, Dienstag und Donnerstag: **Grosser Ball.** Anf. 8 Uhr

**Deutsche Konzerthallen** An der Spandauer Brücke 3. In den 5 Rissenbögen: **Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.** 4 ausländische Kapellen. Im 6. und 7. Bogen: **Theater-Abteilung: „Die Bohème“** (Künstler-Variété).

**6. Wahlkreis.** **Montag, den 8. April, mittags 12 Uhr** (2. Ofterfeiertag): **6 grosse Matineen.**

**Schönhauser Vorstadt.** Puhmanns Salon, Schönhauser Allee 148. Berliner Prater, Kastanien Allee 7-9. Auftreten der **Norddeutschen Sänger** (8 Herren): Führmann, Gork, Balde usw. Neues reichhaltiges Programm.

**Rosenthaler Vorstadt.** Borussia-Säle, Uckerstraße 6-7. Auftreten der **Norddeutschen Sänger:** Herren Zimmermann, Steinhardt, Stodde, Stangenberg, Siebeck, Tode, Bönsch.

**Gesundbrunnen.** Gallschmieders Salon, Badstraße 16. Auftreten der **Gesellschaft Strzelowicz** und mehrerer Gesangsvereine.

**Wedding u. Oranienburger Vorstadt.** Gästlicher-Club, Chausseestraße 83. **Großes Konzert, Gesang und komische Vorträge** unter Mitwirkung des **Hobelschen Konservatoriums** und des **Gesangsvereins Nordwacht.**

**Moabit.** Kronenbrauerei Alt-Moabit. Auftreten der **Gesellschaft Lewandowsky** und mehrerer Gesangsvereine. 219/0

**Holldorfs Restaurant** [4476] **Wolterdorfer Schenke.** Am Walde und Wasser gelegen. Sehr geeignet für Vereine und Fabriken. Großer Saaliger Garten mit ca. 1000 Sitzplätzen. Gr. Tanzsaal. Zwei Regelbahnen. Familien-Kaffeehaus.

**Restaurant Pferdebusch bei Köpenick.** Zum Karfreitag und den Ofterfeiertagen den geehrten Vereinen, Gesellschaften etc. zu Partien angelegentlich empfohlen. Circa 5000 Sitzplätze. 11960\* **Wilhelm Bräsewitz.**

**Achtung! Achtung!** **Potsdam, Victoria-Garten.** Mein schön eingerichtetes und günstig gelegenes Gartenlokal (gr. Saal und Regelbahn), dicht bei „Sanssouci“, bis-avis Bahnhof „Charlottenhof“, Anlegestelle der Dampfer 10 Minuten entfernt, bringe zum Ofterfest den auswärtigen Parteilassen und Gewerkschaften in empfehlende Erinnerung. **F. Lindemann, Restaurateur.** Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

**Waldkater. Birkenwerder. Waldkater.** Inh. **M. Wegener.** Empfehle mein großartig gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften bei Ausflügen zu gefälliger Benutzung. Saal mit Orchester. 2 Regelbahnen. Getränke und Speisen in bekannter Güte. 16052\*

**Ganz besonders !!! grosse Erfolge !!!** erzielte auch im letzten Jahre wieder das **BRILLANT Stahlwaren-Versandhaus BRILLANT** I. Ranges **von Gebrüder Rauh** **Gräfrath bei Solingen** ein Beweis für die Preiswürdigkeit und Güte der Waren, sowie aufmerksame Bedienung. 105/1\* **Wer also Bedarf hat in Solinger Stahlwaren, Uhr-, Ketten-, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Haushaltungsgegenständen, Uhren, Musikwaren, Pfeifen, Cigarren, Cigarrenspitzen und sonstigen vielen Neuheiten, verlange unser neues Preisbuch für 1901 mit über 2000 Abbildungen, welches an jedermann umsonst und portofrei verandt wird.**

**30 Tage zur Probe** versenden wir eine hochfeine, kräftige, schön gearbeitete **Ridelette Nr. 1000**, wie Zeichnung, mit **Kompak, modernes Hagen, zum Preise von nur 1.40 Mk. franco.** Zeichnung halbe natürliche Größe. Ganze Länge der Reite 26 cm. **Versand gegen Nachnahme oder vorheriger Einzahlung des Betrages.** **Garantiesehein:** Nicht gefallende Waren tauschen wir um oder zahlen den Betrag zurück.

**Weit billiger als jedes andre Hutgeschäft!** **Größtes Sortiment der Branche!** 10700\* **Eleganter weicher Herrenhut . . . . . von 2 Mark an.** **Feiner Coluber, Frühjahrs-Hatzen 1901 . . . . . 2 8** **Chapeau-Claque . . . . . 8.50** **Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis.** **Bei Vorzeigung dieses Ausschnitts vergüte ich 4 Prozent.** **Alvin Sussmann, Hut-Engros-Geschäft, 38, Holzmarkt-Strasse 38, parterre.**



# Centralverband der Maurer etc.

Donnerstag, den 4. April 1901, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Kopenstraße 29:

## General-Versammlung

aller zum Vertragsgebiete Berlin u. Umgeg. gehörigen Verbandsmitglieder.

Tagesordnung: Das Resultat der Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1901 in der Ahtzählerkommission und vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Verbandsmitglieder.

### Die Verbandsleitung.

## Achtung! MAURER. Achtung!

Donnerstag, den 4. April, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den „Borussia-Sälen“, Adlerstr. 6-7:

## Große Mitglieder-Versammlung

aller zum Streitgebiete gehörigen Zahlstellen des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

### Tages-Ordnung:

Das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der Ahtzähler-Kommission sowie vorm Einigungsamt und unsre Stellung hierzu.

Kollegen! Erscheint sämtlich in dieser Versammlung.

Der Vorstand. J. A.: Julius Gehl.

Heute, Donnerstag, den 4. April, abends präcise 8 Uhr, im Schweizer-Garten, Am Friedrichshain 38:

## Öffentliche Versammlung

der ausgesperrten und bei Nichtverbands-Fabrikanten beschäftigten Fabrik-Schuhmacher.

Tages-Ordnung: Situationsbericht über den Stand der Aussperrung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Donnerstag, den 4. April, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Vertrauensmänner-Konferenz der Klempner.

Donnerstag, den 4. April, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 1:

## Vertrauensmänner-Konferenz der chirurgischen Branche.

Am Karfreitag, den 5. April, findet für die chirurgische Branche eine Herrenpartie nach Oranienburg statt. Treffpunkt 9 $\frac{1}{2}$  Uhr am Steintiner Bahnhof.

Freitag, den 6. April (Karfreitag), früh 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Vertrauensmänner-Konferenz der Rohrleger und Helfer.

Jede Werkstatt muß vertreten sein, da in dieser Konferenz die Fragen abgehandelt werden.

Achtung! Sonnabend, den 6., und Dienstag, den 9. April, ist das Verbandsbureau nur vormittags geöffnet. Der Arbeitsnachweis bleibt an diesen Tagen geschlossen.

113/11 Die Ortsverwaltung.

## Adlershof!

Vereinen und Gesellschaften empfehle meinen Saal zu Festlichkeiten, da ich nur monatlich einmal öffentlichen Tanz erlaubt bekomme.

Gleichzeitig bitte ich, mich am Karfreitag zum

### gemüthlichen Eisbeeßen

zu besuchen. - Am 2. Feiertag: Öffentlicher Tanz.

Paul Schmauser.

## Syrup Pagliano

vom Prof. Girolamo Pagliano via Pandolfini 18

### Florenz.

Für Bestellungen und Erkundigungen wende man sich an obige Adresse, sowie an alle Apotheken, und hüte sich vor Fälschungen und Nachahmungen.

Jede Flasche oder Schachtel soll die eingeschriebene Fabrikmarke tragen, bestehend aus hellblauen Zeichnungen und durchsogen in schwarz von der Unterschrift: 59/12

Siola-Drogien

Sendungen werden von der Niederlage in München franco nach ganz Deutschland abgeliefert.

## Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

11619\* D. Wurzel & Co. Ecke

jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantelstrasse.

## Paul Burows Möbelfabrik,

Neue Schuhmacher-Strasse 2.

In meinem großen Möbelspeicher halte ich eine großartige Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Massen-Einkäufe, Erspahrung teurer Bodenmiete etc. bin ich im Stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewähren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10000 Mk. Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager vorliegender gewisser, einfacher, sowie hochherzoglicher Möbel hin, welche zu sehr billigen Preisen abgegeben werden: Kuchbaum- oder Mahagoni-Kleiderstühle und Westförm 36 Mk., Korridorstühle 22, Mahagoni-Kleiderstühle 36, Westförm mit Rotze und Keilförm 22, französische Wischweibstühle mit Sprungfeder-Matratze und Keilförm 44 Mk., Kommoden 18, Spiegel 9, Säulentrumeaux 45, Divan mit Sitzauszug 30, Garnituren, Vaneckförm mit Sattelstühlen und Plüschsitzung 85, Salonstühle, Ankleiderstühle mit Spiegelstühlen, Herrenschreibtische, Garderobenschränke, Bücherschränke etc. Eventuell Einrichtungen gegen Teilzahlungen unter sonstigen Bedingungen. Beamteten geringe Anzahlung. Gefauste Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden sauber transportiert, auch nach außerhalb. (8740\*)

## Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5, empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10000 Mk. 8732\*

Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, konstante Zahlungsbedingungen.

Karfreitag 7 Uhr: Gedächtnisfeier n. Köpzig. Nachm. 1/2 Uhr Rottdückerbrücke nach Rudow. - Sonnabendnachmittag 6 u. 1/2 Uhr, sowie Sonntag früh 1/2 Uhr: Gedächtnisfeier nach Brandenburg (Bergr. 20). - 2. Feiertag früh 6 Uhr: Reurrappin. Nachm. 1 Uhr nach Kremmen, Start Wettbew. - 3. Feiertag, nachm. 2 Uhr: Brandenburger Thor nach Pichelswerder (Greund). Gäste willkommen.

Warnung. Bitte hiermit jeden, meiner Frau Anna geb. Pilz etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. (5259) Eduard Lehmann, Brangelstr. 86.

## Teilzahlung!!

Herren- und Knaben-Garderoben-Specialgeschäft. Woche 1 Mk. an. (11272\*) Charlottenburg, 55, I. Wilmersdorferstr. 55, I.

## Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz. Großer Möbelspeicher. Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat vorliegender gewisser und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Erspahrung der teuren Bodenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen für 150 bis 10000 Mk. zu liefern. Kommode 17, Waschtisch, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Mahagoni-Kleiderstühle 35, Westförm mit Rotze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Kuchbaum- und Mahagoni furnierte Kleiderstühle, Westförm 36 Mk., Kuchweibstühle mit Sprungfeder-Matratze 38, elegante Säulentrumeaux 45, Bücherschränke, Salonstühle 105, Buffet aller Art, feidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, sportb. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gefauste Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. (9418\*)

## Möbelstoffe!

alle Qualit. fest u. billig! Gelegenheitskauf: Moqueff-Peluse 5, 35 Mk. per Meter (180 Centimeter breit). Muster bei näher. Angabe franco. Berlin S., Emil Lefevre, Oranienstr. 15S.

## Album- u. Lederwarenfabrik

Oskar Gundau, 30. Oranienstrasse 30, Ecke Kopalberstrasse. Verkaufsbücher u. Dr. 1,35 an Schmalpfeil

## Herren-Anzüge

u. Jacketts, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kaffe u. Teilzahlung. Landsbergerstr. 13, J. Kurzberg, part. kein Laden.

## Grösstes Möbel-Kaufhaus

für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf !!Credit!! bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten. Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000 und mehr auf Teilzahlung. Central-Möbel-Halle, S. Kommandantenstr. 51. Ecke Alexandrinenstr. (11270\*)

## Mankiewitz & Lewertoff

86 Gr. Frankfurterstr. 86. 17 Neue Rossstr. 17. Charlottenburg, Goethestr. 33. Extra-Preise für Gardinen, Steppdecken, Bettdecken, Tischdecken, Inlets, Bezüge und Handtücher. Sämtliche übrigen Artikel verkaufen wir bis auf weiteres mit 5% Extra-Rabatt. (12362\*)

## Billigster Lieferant für Photographen!

Photochem. Laborat. Georg Leisegang. Neuer Posten Gelegenheitskäufe! Film-Klapp-Kamera „Sport“ für 10 $\frac{1}{2}$  x 12 $\frac{1}{2}$ , Zeit und Moment, jede Entf. einstellb., ff. (Taschenapparat) mit 45 nur 30 Mk. Hand-Kamera m. Rodenstock-Linse für 6 Kuff. 8 u. W. Hoch u. Querf. mit 10 W. nur 6.50 Mk. Glasschalen 13, p. 0,45-0,30 ff. Colloidin-Pap. Bad 1 W. 13x18, 0,65-0,40 6x9 9x12 13x18 18x24 Platten, Dobb. 4x4 nur 0,25 60 30 14 7 Bl. 4x6 0,30 pa. Colloidin-Pap. in Bog. 6x9 0,65 48x62=0,85 u. 0,65 W. 9x12 1,00 Entwickler fr. u. Garant. 13x18 2,00 Lag. d. echt Kodaks. Verkaufsst.: Reinickendorferstr. 56b. II. 2379. Chausseest. 123, a. Orand. Th., III. 70.

## J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!

Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße. Täglich Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatshosen, in den feinsten Stoffen gearbeitet, auch für torpente Figuren passend, zu äusserst billigen Preisen.

## Achtung! Neu eröffnet.

Allen meinen Freunden und Bekannten sowie meiner geehrten Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich in dem Hause Warshawerstr. 61 eine Schant- und Speisewirtschaft eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, für gute Getränke und preiswerte Speisen bests. Sorge zu tragen und lade zu regem Besuch freundlichst ein. 6176 Karl Kaiser.

## Nieder-Schönevide.

Restaurant Joh. Franz früher Greder, Weinauerstr. 5. Empfehle mein Weiß- und Bayrisch-Bier-Local, Warten, Kaffeeküche. 12192\*

## Auf nach Pankfisch! Zepernick!

1/2 Stunde v. Berlin, Steintiner Bahn, 2 Regelbahnen, Billard, Saal, Inlet, Kegel, Bollerfahrt, 1a Weisse, Berliner Blut, 0,20, schöner Garten. Um zahlreichen Besuch bittet O. Joers. (5206)

## Achtung! Neu eröffnet.

Allen Freunden und Bekannten, sowie meiner geehrten Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich in dem Hause Frankfurter Allee 70 eine Schant- und Speisewirtschaft eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, für gute Getränke und preiswerte Speisen bests. Sorge zu tragen und lade zu regem Besuch freundlichst ein. 12363\* Adolf Hartel, Frankfurter Allee 70.

## Möbel

Teilzahlung auf Möbel. J. Ostrowski jun., Gr. Frankfurterstr. 1 am Frankfurter Thor. (11502\*)

## Charlottenburg.

Restaurant Zur alten Linde, Leibnizstrasse 3. Warme Speisen zu jeder Tageszeit; großer Mittagstisch. Getränke in bester Qualität. A. Röttger.

## Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn-u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjähriger Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mark. Bruno Steffens, Reanderstr. 21

## Möbel

und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigne Werkstätte im Hause. Tischlermeister, Bukow, Invalidenstr. 13. Lager: Parierre u. I. Etage.

## Urania

beste, feinste Marke. Billige Preise. Wiederverkäufer gesucht. Urania-Fahrrad-Fabrik, Kottbus.

## An 1. Feiertag keine Sprechstunde.

Am 2. Feiertag von 1/10 bis 12 Uhr. (4335) Specialärztl. Institut Dr. R. Lasker, C., Alexanderstr. 42.

## Möbel

Wohnungs-Einrichtungen R. Jmroek, Berlin S., Guelicauerstr. 70.

## Temporowski

Herrengarderoben-Geschäft Berlin SO., Reanderstr. 16, II. Verkauf Anzüge und Commer-paletots, reine Wolle, sportbillig, auf Serge, Cloth und Atlas, 22, 25, 27, 30 W., Halbvolle 14, 16, 18, 20 W. Nach Maß nur 5 W. teurer. Hosen und Zoppen von 4.50 W. an. Bei teureren Garderoben Teilzahlung, monatlich 10 W., gestattet. 8542\*

## Honig!

Olbend, Bienehonig, beste Qualität, versendet 6 Pf. netto zu 6.50 W., 5 Pf. netto zu 4 W. fr. Radn. Gar. Juchan. Nordloh, E. Reil, Bahnhof Augustfahn, Oldenburg. (12170\*)



# Herren-Anzüge.

**Jackett-Façon,** 1- oder dreifig, tadellos sitzend, schwarz, dunkelblau oder dunkelbraun in Kammgarn oder Cheviot 17,50, 20, 22,50, 25, 30-50 Mk. Cheviot meliert in allen modernen Farben 17,50, 20, 22,50, 25-45 Mk. Kammgarn marengo, grau oder olive meliert, hochmodern 30, 35, 40, 45 und 50 Mk. gewirnter Buckskin, sehr praktisch für täglichen Gebrauch, 15, 20, 25, 30-45 Mk.

**Rock-Façon,** dreifig, glatt od. Diagonal-Kammgarn, schwarz oder hohen Gebrauch, 15, 20, 25, 30-45 Mk. Cheviot, schwarz 27, 33, 38, 43, 48 Mk. Kammgarn oder Cheviot, grau oder marengo meliert 38, 43, 48 Mk. 1222L\*

**CARL STIER,** Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.  
Berlin, Oranienstrasse 166. Potsdam, Brandenburgerstrasse 23.

Tadelloser Sitz. - Beste Verarbeitung.



für gute Ausgaben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.

Knabenfilzhüte 1-3 Stk.  
Herrenfilzhüte, weich 1,75-5,25, steif 2,00-5,25  
Cylinderhüte 4,00-12,00  
Chapeaux claque 8,00-10,00  
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert** Gut-Engros-Geschäft, Wolkenstr. 44, part., Kein Laden.

## Die besten Fastenspeisen

in der gegenwärtigen **Karwoche** sind die nahrhaften **Nordseefische**, welche, frei von kleinen Gräten, daher auch für Kinder gefahrlos beim Essen, sich auf verschiedene Arten zubereiten lassen und schmackhafte Gerichte ergeben.

**Praktische, Seefisch-Kochbücher** neue verbesserte Auflage. (Im Selbstverlag erschienen.) **Ausgabe 1901 erhalten Käufer gratis.** Von täglich frischer Zufuhr empfehlen diese Woche lieferbar:

Schellfische in allen Grössen... pro Pfund 25-35 Pf.  
**Gabliau 22 Pf.** im Ausschnitt pro Pfd. 25 Pf.  
Alle andren Fischarten, wie **Seelachs, Rotzungen, Schollen, Bratflunder, Knurrhahn, Seeaal, Heilbutt, Tarbutt, Steinbutten, Seezungen etc.** ebenfalls billig. Ferner täglich frisch geräucherte Seefische:

Schellfische 35 Pf., Roche (Ersatz für Stör) 60 Pf., Seelachs 50, Austernfisch 60, Flundern 70 Pf. pro Pfd.

sowie **Delicatess-Fischcotelettes** gebraten u. mariniert in Blechdosen - tafelfertig. Postdose 5 Liter = 10 Pfd. ca. 30. Portionen 2,50 H. 8 Liter = 17 Pfunddose ca. 40-45 " 3,50 " 4 " = 8 " ca. 25 " 2,00 " 2 " = 4 " ca. 15 " 1,25 "

Ausgewogen pro Pfd. 35 Pf. - Portionen zu 10 Pf. **la Delicatess-Seeal in Aspic,** 8 Pfunddose, ca. 4 Liter Inhalt, pro Dose 3,75 H.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee“**  
Grösste Hochsee-Fischerei Deutschlands mit 31 eignen Fischdampfern. In Berlin 5 Verkaufsstellen:

**Haupt-Filiale: Berlin C. 22**  
Bahnhof Börse, Bogen 9-10.

No. II. Berlin NW., **Lüneburgerstr.**, Ecke Paulstrasse, Stadtb.-Bogen 388/89, Central-Lager.

No. IV. Berlin O., **im Schlesischen Bahnhof, Madastr.** 22.

No. V. Berlin N., **(Wedding)** geschlossen, wird demnächst anderweitig geöffnet.

No. III. Berlin S., **Prinzenstr. 30**, zwischen Moritzplatz und Ritterstr.

## Ueber 500 Filialen.

Durch die Einrichtung und Zubereitungsart meiner **eigenen** mit den vollkommensten Maschinen der Neuzeit ausgestatteten, von erstklassigen Fachmännern geleiteten

# Chokolade- und Zuckerwarenfabrik

bin ich in den Stand gesetzt, die **besten und feinsten Chokolade- und Zuckerwaren**

zu **staunend billigen Preisen** zu liefern. Wer wirklich feinschmeckende, leichtverdauliche, daher

gut **bekommende Chokolade- und Zuckerwaren** gebrauchen will, der kaufe dieselben **nur** in den bekannten Filialen von

# Kaisers Kaffeegeschäft

**Größtes Kaffee-Importgeschäft Deutschlands**  
im direkten Verkehr mit den Konsumenten.

## Ueber 500 Filialen.

# Stöbelfabrik.

Die **besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen** kaufen Sie bei

# Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,

II. Königsberger **Geld-Lotterie**  
Ziehung 13. bis 17. April 1901.  
— 6240 Geldgewinne —  
Hauptgewinne Mark (1111L\*)  
**50 000, 20 000 etc.**  
Loose a 3 M.  
Porto und Liste 30 Pf. empf. auch geg. Nachn.  
**Carl Heintze, Berlin W.,** Unter den Linden 3.

**Grösstes Hut-Lager!**

Steife Hüte H. 2,40, streng modern. Herren-Artikel. Hut-Werkstätten: I. Brunnenstr. 52, an der Bernauerstrasse. II. Badstr. 65, am Nordbahnhof. Frühjahrs-Neuheiten in Krawatten, Wäsche, Stöcken.

Garantie-Hut H. 2,80, regenfest. 5/9b

Jedes Wort **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Buchstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Edelkristall** andrer Unternehmungen halber preiswert zu verkaufen, Kottbuscherstr. 93, Charlottenburg. 468b

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 743\*

**Vorläufige elegante Herrenanzüge** und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Knabenanzüge, Mädchenkleider,** sehr billig, Hoffmann, Bismarckstr. 11. 5678\*

**Reifenhandlung, Capeshoffs, Seide, Sammet, fertige Capes, Anodenanzüge, Hosen, Weidenau, Soraucherstr. 30, Lieferant Konsumverein Sub-Dr. 503b**

**Gardinen, auch Kasse, sehr billig,** im Special-Geschäft von Bruno Wülfel, Oranier Weg 80, parterre. Kein Laden. 5062\*

**Besten, Steppdecken, Gardinen** spottbillig, Leibhaus Reanderstr. 6.

**Teppiche, Dinanden, Bettvorleger, Portieren, Remontieruhren, Regulatoren** spottbillig, Leibhaus Reanderstr. 6. 60/1\*

**Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft,** billig veräußert. Solfenerstr. 81 I, rechts. 5338\*

**Möbelverkauf** zu solchen Preisen, Rümer, Sebaldstr. 81. 134b

**Möbel auf Teilzahlung** Brinzenstr. 62. 52/12\*

**Kanarienhähne, prima** Jungweibchen, preisgekrönter Stamm, von 8-20 Mark, bei Krebs, Köpenickerstr. 154a, 4 Tr.

**Nußbaummöbel-Einrichtung** preiswert veräußert Gartenstr. 148 I links (Stettiner Bahnhof). 7141\*

**Taubenbau!** Gebrauchtes und neues Kantholz, Bester, Latten, Weiden, Zäunen, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22.

**Teppiche** mit Handwebstern, Badrückenverlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 743\*

**Menzelbauer-Glaser** 8,00, Rahmenten-Klee 27. Strabel. 495b\*

**Fahrräder, Teilzahlung,** mögliche Anzahlung, Lager 400 Tourenmaschinen Straßenrenner Damerdorfer Zweifler Kinderwagen Anhängerwagen gebrauchte Fahrräder von Mark 40,00 direkt aus Imperial Fahrradwerke, Tiefenbachstr. dreizehnreihig. K.

**Fahrräder, nur gute selbstgemachte,** sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Richter, Große Frankfurterstr. 123. 7262b

**Fahrräder, Teilzahlung, kostenlose** Bedingungen. Fabrik, Oranienstr. 176. 5162\*

**Kinderwagen, spottbillig,** Andreaskirchstr. 23. 5532\*

**Nähmaschinen: Afiana, Adler, Ringelmann, Bala, und Wringmaschinen** auf Teilzahlung, Köpenickerstr. 118, Laden. 5932\*

**Nähmaschinen, Adler, Afiana, Schmelzner, Ringelmann, sowie Wasch- und Wringmaschinen** auf Teilzahlung, Köpenickerstr. 118. 538K\*

**Strickmaschinen, auch Teilzahlung,** Gupad Brederer, Engelstr. 20. 57/1\*

**Waschlocher! Sparsysteme!** 1,50, Zweiflochlocher 6,-, Dreiflochlocher 10,-, Wasch-Plättchen, Nadelapparat billig! Wasch-Plättchen 12,-, Waschlager, Wallnertheaterstr. 32. 385\*

**Tauben-Kolonisten, Edt Erfurter** Gemüse- und Blumen-Sämereien empfiehlt in bekannter Güte Paul Demde, Rlydorf, Kaiser Friedrichstr. 342, beim Hermannplatz.

**Steppdecken** billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 743\*

**Billig veräußert** Kinderwagen, Blumentisch, 2 echte Rußbaumhähne, Blumenstr. 27, Quergebäude II, Thiele. 5126

**Damenrad, Brennabor 19a, Herrenrad (Dürkopp), Motorrad** wegen Aufgabe des Sports billig zu verkaufen. Verlegung, Reinickendorferstr. 56b. 605b

**Fahrrad, fast neu, jeden Preis.** Schönhäuser Allee 177a. Kauf.

**Möbel auffallend billig, Ruschel-** Kleiderständer 28, Trumeau, geschliffen, mit Stufe 4b, Bettstelle, Matrize 4, große Tisch 3,50, Polstermöbel, Küchenstühle, größte Auswahl. Eigene Werkstätten. Dirchwitz, Mariannenstr. 1a. 607K\*

**Restaurant Gemüthliche Thüringer,** Wilhelmstr. 6, vis-à-vis den Kirchhöfen, August Wülfel. 7148\*

**Fahrräder, verkaufen, in tieferer** Anzahlung, jetzt zum billigsten Verkauf. Alle Systeme sämtlich bessere deutsche Motorräder. Händler und Private gleiche Preise, Leibhaus Neue Schönhauserstr. 11. 92/16

**Fahrräder-Verleih** Neue Schönhauserstr. 11 ist die billigste Bezugsquelle neuer und gebrauchter Fahrräder. Verfallene Räder 30,00 an. 92/15

**Banstecke, Barakt, 1/2 Stunde** von Berlin, Hochwald, gesunde Lage, veräußert sehr billig Berger, Perlebergstr. 11. 521b

**Fahrrad 35,00, Schädel, Schmitz-** str. 8.

**Nähmaschinenlager** bester Qualität, Ringelmann, Dobbin, Adler, Schmelzner, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort. Kottbuscherstr. 92, Verfallenshalle für Kinder: Brennemann, Müllerstr. 189. 7148\*

**Tapetier-Geschäft, langjährige** Rundschau, billig zu verkaufen, Meyer, Reuterburgerstr. 28, Hof IV Treppen. 5126

**Fahrrad verkauft** spottbillig Schummann, Waldemarstr. 27, I. 59/29

**Altenrad 45,00, Schädel, Schmitz-** str. 8. 59/19

**Damenkleider** reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Kottbuscherstr. 92, parterre, Eisenbahnstr. 18.

**Buchbinder-Arbeit** jeder Fertigkeit Ferdinand Kleinert, W. Bismarckstr. 56, 2. Hof parterre. 2387b

**Goldschmied, Anstalt, Zimmer-** str. 32, zahlt höchste Preise für Platin, Gold- und Silberarbeiten, Kettgold, Treifen. 2150b

**Sommerfeste, Sommeracht-** bälle, Saal 500, Garten 1500 Personen, mit Theaterbühne, des Sonntags mein Lokal bestens empfohlen. Wernau, Schwedterstr. 23/24. 7450\*

**Saal und Vereinszimmer** empfiehlt Naunhoff, Inselstr. 10. 6018\*

**Vereinszimmer** Steinstr. 23 Bild. 590K\*

**Vereinsstube** zu kaufen gesucht Schöneberg, Schanstr. 71, bei Dittmeyer. 3275\*

**Schlafstelle** bei Fiedler Kleine Andreadstr. 12 III. 744

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

**Färbigmascher** verlangt Engel-Ufer 9. 420b

**Malergehilfen** werden verlangt, Schwenger, Pfaffenstr. 17. 7111

**Einige tüchtige** Galvanoplastiker, speziell für Abdrucken und Prägen, sucht zu baldigem Eintritt bei gutem Lohn Galvanoplastik, G. m. b. H., Berlin, Friedrichstr. 16. 567b

**Manpolierer** sucht Spiegelarbeit Neue Grünstr. 40. 508b

**Tüchtige** Gerüstbau- und Gerüstbauarbeiter verlangt Goldschmidtstr. 26. 511b

**Tüchtige Arbeiter** für Glasbläserarbeiten verlangen Hans Richter u. Co., Groß-Bichterfeld am Wannsee, Hauptbahnhof. 516b

**Aufwärterin** vormittags verlangt Frau Schöning, Bahstr. 45/46, Hauptportal. 703

**Im Arbeitsmarkt** durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

**Wartung! Bau-Anschläger!**  
Die Firma **Moll & Sturmhebel** ist wegen Nichtzahlung des Taxifis gesperrt; der Bau befindet sich Franzfurter Allee, Ede Str. 63. 35/7



Sociales.

Die Logik der Kohlenkapitalisten.

Der Geschäftsbericht der „Deutsch-Oesterreichischen Bergwerks-Gesellschaft“ in Dresden weist ein schädes Streiflicht auf den Streik der böhmischen Bergarbeiter und die Haltung der Unternehmer dazu. Die genannte Gesellschaft ist Besitzerin der „Brücher Kohlenwerke“ in Böhmen. In dem Bericht heißt es nun: „Der vom Bergarbeitersstande bestrittene bedeutende Verlust ist nicht ausgeblieben. Die Forderungen der Arbeiter mußten als unerfüllbar zurückgewiesen werden. Mit Rücksicht auf die Verringerung der Kohlenpreise, die durch die Lohnerhöhungen und sonstige Begünstigungen bewirkt wurden, dadurch aber, daß sich mit den Lohnerhöhungen eine geringere Leistung einstellte und auch die Betriebsmaterialien sich teurer gestalteten, ergab sich eine Verringerung der Ertragskosten über das erwartete Maß hinaus. Kostentilgung wirkte auch, daß nach Beendigung des Streiks die Gruben nicht sofort wieder voll betriebsfähig waren. Das trotzdem günstigere finanzielle Ergebnis ist zum Teil den erhöhten Kohlenpreisen zuzuschreiben, welchen die erwähnten Lohnerhöhungen und andre Lasten gegenüberstehen; voll aber hat die Leistungsfähigkeit der Werke im zweiten Semester und die günstige Entwicklung der Betriebe zur Herbeiführung der besseren Ergebnisse beigetragen.“

Der erwähnte „Verlust“ ist ein Ausmaß der Förderung um etwa 2 1/2 Mill. Doppelpennen. Daß daraus kein finanzieller Verlust für das Unternehmen erwachsen ist, giebt der Bericht zu; im Gegenteil, das finanzielle Ergebnis ist günstiger als im Jahre vorher. Leider können wir nicht feststellen, wie viel es günstiger ist.

Der Wert der Behauptung, daß die Forderungen der Bergarbeiter unerfüllbar gewesen seien, einer Behauptung, die ja schon während des Streiks von dem gesamten beteiligten Unternehmertum aufgestellt wurde, ist zu ermessen an der Tatsache, daß trotz einiger Lohnerhöhungen und trotz verminderter Förderung doch der Unternehmensgewinn höher geworden ist. Es geht doch daraus hervor, daß die geringen Forderungen der Arbeiter den Unternehmensgewinn nicht nennenswert geschmälert haben würden, selbst wenn man nicht die Möglichkeit gehabt hätte, durch überhöhte Preis-erhöhungen die Konsumenten zu erschöpfen. Der Bruttoertrag des Werks betrug 1,9 Millionen Kronen und der Reingewinn nach sehr reichlichen Abschreibungen, in denen auch schon die Tantiemen für die Direktion inbegriffen sind, immer noch über 1 Million Kronen. Diese Gewinne hätten sehr wohl die Erfüllung aller Forderungen der Arbeiter ermöglicht.

Die Behauptung, daß mit der Lohnerhöhung eine Verringerung der Leistungen eingetreten sei, widerlegt der Bericht schließlich auch wieder selbst durch den Satz, daß die Leistungsfähigkeit der Werke und die Entwicklung der Betriebe, das heißt doch die höheren Leistungen der Arbeiter, den höheren Gewinn herbeigeführt haben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, fünfter Wahlkreis! Die zum 1. Osterfesttage geplante Mattinee kann nicht stattfinden, da, wie uns in letzter Stunde mitgeteilt wurde, das Theater im Grand Hotel bis auf weiteres geschlossen ist. J. Reul. W. Scholle.

Dritter Wahlkreis. Am Freitagvormittag 9 Uhr 35 Min. von der Köppler Bahn Auszug nach Grünau. Nachmittags Treffpunkt in Friedrichshagen, „Wilhelmshof“, Seestraße.

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Am Sonntag veranstaltet der Wahlverein eine Partie nach Wilmersdorf. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Steinert, Schulstr. 29. Frühstück in Waidmannslust, Restaurant Heine u. Sohn. Endziel Wilmersdorf, Restaurant Wegner („Waldlater“). Die Mitglieder sowie die Arbeiter-Gesangsvereine werden um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Aldershof. Freitagvormittag 8 Uhr findet vom Lokal des Herrn Schmauser aus eine Flugblattverbreitung statt, an der sich die Parteigenossen zahlreich beteiligen wollen.

Die Lokalkommission von Aldershof bittet die Parteigenossen von Berlin und Umgegend, an den bevorstehenden Feiertagen bei Ausflügen von Vereinen und Gesellschaften unsern von Seiten des Amtsvorstehers v. Dypen so hart bedrängten Gastwirt Herrn Paul Schmauser, Wismarstraße 16, berücksichtigen zu wollen.

Lokales.

Zur Maiseier

rühmt sich die Arbeiterschaft Berlins und der Vororte auch in diesem Jahre zur rechten Zeit, damit die Demonstration für die Ideale des Klassenbewußten Proletariats einen würdigen und eindringlichen Verlauf nehme. Wie früher, so wird auch diesmal am Vormittag des Arbeiter-Feiertages von den einzelnen Berufsorganisationen und Gruppen eine Heerschau über die Fortschritte auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit veranstaltet werden, während der Nachmittag, dem zehnjährigen Brauch entsprechend, die Männer, Frauen und Kinder des Klassenbewußten Proletariats um die großen, von der Partei veranstalteten Festlichkeiten versammeln wird. Diese Einteilung des Feiertages ist sozusagen zur allgemein anerkannten Regel geworden, und nur wenige Organisationen haben auch den Nachmittag abgesehen von dem großen Ganzen für sich gefeiert. Mögen nun auch verschiedene wohl-erwogene Gründe für diese Sonderveranstaltungen gesprochen haben, so meinen wir doch, und wir befinden uns in dieser Frage im Einklang mit der erdrückenden Mehrheit der Vertreter der Arbeiterschaft, daß es den Festlichkeiten einen einheitlicheren Geist geben würde, wenn auch die Organisationen, die den Nachmittag bisher noch für sich gefeiert haben, auf die Sonderfestlichkeiten verzichteten und sich einheitlich den großen Partei-Veranstaltungen anschließen. Für die verhältnismäßig geringe Zahl der hier in Betracht kommenden Vereine wäre das Opfer, wenn von einem solchen überhaupt geredet werden kann, leicht; die großen partei-gewerkschaftlichen Veranstaltungen würden dadurch aber an geschlossener Wirksamkeit erheblich gewinnen. Wir sind überzeugt, daß die Bitte, der wir hier im Namen aller in Betracht kommenden Faktoren Ausdruck geben, gern erfüllt wird, und daß am kommenden Maiseiertag die Nachmittagsveranstaltungen einheitlich von der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft besucht werden.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Eine kurze Sitzung — trotz der beträchtlichen Länge der Tagesordnung! Es war ansehnlich die Rube der Feiertage, die keine rechte Lust zum Reden in der ohnedies nicht stark besuchten Versammlung aufkommen ließ. Ledbaster wurde es erst, als Herr Mommsen „mehr Licht“ für den Magistrat forderte, natürlich nicht bildlich — denn der Herr ist bekanntlich der Führer der radikalsten Fraktion der Versammlung — sondern nur im buchstäblichen Sinne des Wortes. Den jetzt endlich an die Versammlung gelangten speziellen Bauentwurf zu dem zweiten Rathaus wollte Herr Mommsen noch in einem Ausdusch geprüft haben; vielleicht lasse sich durch eine Änderung der Pfeiler erreichen, daß es in den Bureaus noch etwas heller würde. Stadtbaurat Hoffmann, der wohl — und zwar nicht mit Unrecht — fürchtete,

daß die künstlerische Seite seines Entwurfs bei der geforderten nochmaligen Prüfung nicht gebührend berücksichtigt werden würde, antwortete Herrn Mommsen etwas bissig, man werfe ihm ja immer vor, er bane zu langsam, das werde man auch bei diesem Bau hinterher wieder thun. Singer sprang dem Baurat bei: Die Versammlung klage in der That nicht immer mit Grund über die Langsamkeit des Baurats, sie selber rufe oft Verzögerungen hervor. Herr Mommsen's Antrag auf Verweisung an einen Ausschuss wurde abgelehnt und Herr Hoffmann durfte aufstehen. — Der interessanteste Punkt der Tagesordnung war die Vorlage über das städtische Bibliothekswesen, aber auch hier gab es keine Debatte. Alle Redner erkannten die Unhaltbarkeit des Zustands an, in dem sich die Bibliotheken der Stadt befinden und forderten eine würdigere Ausgestaltung. Genosse Bruns war freilich hoch-enthusiasmisch, daran zu erinnern, daß die Versammlung leider nicht immer auf diesen Standpunkt gestanden und noch vor wenigen Jahren ein recht geringes Interesse für das städtische Bibliothekswesen bekundet hat. Bruns war, nebenbei bemerkt, zu diesem Hinweis um so mehr berechtigt, weil gerade er seit langem eine Umgestaltung des städtischen Bibliothekswesens gefordert hat. Die Vorlage wurde fast einstimmig einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

Die Wohnungsnot.

Im Familienzähl des städtischen Obdachs sind von den 823 Personen, die sich am 1. April dort befanden, vorgestern 50 entlassen worden. Es kamen jedoch hinzu bis zum späten Abend 245 Personen, so daß der Bestand um Mitternacht 1018 Köpfe betrug. Diese erhebliche Zunahme zeigt, daß die Wohnungsnot auf der ärmeren Bevölkerung fast noch ebenso schwer lastet wie vor einem halben Jahre und daß dauernd wirksame Maßnahmen dagegen eine dringende Notwendigkeit sind.

Aus Spandau wird uns berichtet: Bis zum 2. April vormittags hatten sich bei der Polizeibehörde in Spandau 15 Familien als obdachlos gemeldet. Ein Teil von ihnen wurde in dem benachbarten Malkenhof und in Seeburg, der übrige Teil in städtischen Gebäuden untergebracht. Die Zahl der Obdachlosen dürfte sicher noch steigen. So mancher Familienvater, der besitzlos wurde, ebenfalls ohne Wohnung zu bleiben, hat noch im letzten Augenblick die sich ihm bietende Gelegenheit ergriffen, und eine Wohnung gemietet, die oft lange nicht seinen Ansprüchen oder aber seinen Verhältnissen entspricht; vielleicht hofft er bis zum 1. Oktober eine passendere Wohnung zu finden. Schon wochenlang hielten Polizeibeamte in der Stadt nach leerstehenden Wohnungen umfrage und auf den Nachbarn drückern bemähten sich — wie der „Arg. f. d. Havelland“ berichtet — G e n d e r m e u um 70 leere Wohnungen ausfindig zu machen, aber all fast völlig vergeblich.

Sollten die Gemeindebehörden Spandaus auch weiter noch das Vorkliegen einer Wohnungsnot bestreiten?

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrs-

deputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters K i s s a u e r wurde beschlossen, das Angebot der kontinentalen Straßenbahn-Gesellschaft wegen Erwerb der elektrischen Straßenbahn Wagners-straße—Hohen-Schönhausen abzulehnen, und zwar im wesentlichen wegen der Höhe des geforderten Preises, gegen den gewichtige Bedenken erhoben wurden. Ferner wurde nunmehr definitiv beschlossen, mit der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen (Siemens u. Halske) wegen des Anschlusses eines Zulimmungsvertrags zur Herstellung einer Untergrundbahn im Anschluß an die Hochbahn Potsdamer Platz—Warschauerstraße zu unterhandeln. Zunächst kommt nur die Linie Alexanderplatz—Spittelmarkt—Potsdamer Platz in Frage. Ferner wurde über die Regelung des Verhältnisses zwischen der „Aktien-Gesellschaft Berliner elektrische Straßenbahnen und der Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske, insbesondere wegen des Vorschlags der Aufhebung des Betriebs- und Garantievertrags eingehend beraten, auch die Einrichtung einer Pensionskasse von Seiten der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn für ihre Angestellten wurde erörtert. Von einem Mitgliede der Deputation lag der Antrag auf eine von den Mitgliedern der Verkehrsdeputation zu unternehmende Informationsreise nach London und Paris zur Besichtigung der dortigen Untergrund- und Hochbahnen vor. Ferner wurde Stellung genommen zu der Verlegung der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, die Abonnementpreise zu ermäßigen. Vorkünftig wird die Deputation von weiteren ausschließlichen Schritten absehen. Bei der Beratung des Tarifs für den U e b a n h a f e n wurde beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der anderen beteiligten Faktoren, den Tarif für die Stapelgebühren während der Wintermonate auf die Hälfte herabzusetzen, um den Verkehr zu erleichtern und im Winter im Uebanhafen zu heben.

Ein Berliner Armenvorkämpfer? Konservativere Blätter nehmen Notiz von einem im „Deutschen Gewerbe- und Handelsblatt“ mitgeteilten Fall, den wir unter aller Reserve hier wiedergeben. Es handelt sich, dem Blatt zufolge, um den Armenkommissions-Vorsteher im 185. Stadtbezirk, einen Fleischbeschauer namens Folger, der zu gleicher Zeit das Amt als Schulkommissions-Vorsteher und Mitglied der Einschätzungs-Kommission bekleidet. Dieser Beamte soll auf der Straße öfter im trunkenen als im nüchternen Zustande anzutreffen und Stammgast in einer Wädhensuppe sein. Er waltete seines Amtes als Einschätzungs-Kommissar bei mehreren Personen in funktlos begebenem Zustande und wurde kürzlich aus einem Restaurant der Landsbergerstraße in die Luft gesetzt. Gegen ihn schwebt ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt; derselbe städtische Ehrenbeamte war vorher Kassendirektor eines Bankvereins und ist unter eigentümlichen Verhältnissen aus dieser Stellung ausgeschieden worden. Oberbürgermeister K i s s a u e r hat es abgelehnt, einzuschreiten. Ein alter Bürger dieses Bezirks hat den Armenkommissions-Vorsteher öffentlich einen Trunkenbold genannt, wurde wegen dieser Äußerung verhaftet und, da er den Beweis der Wahrheit erbracht hatte, freigesprochen. Mit dem freisprechenden Urteil und dem gesonten Aktenmaterial begab sich der Bürger zu Herrn K i s s a u e r und legte ihm die Frage vor, ob ein Mann, gegen den derartige offenkundig feige Vergehen schweben, würdig sei, ein städtisches Ehrenamt zu bekleiden. Herr K i s s a u e r hat dem Steuerzahler bedeutet, daß er nach Kenntnis des Materials keinen Anlaß habe, gegen Folger einzuschreiten. — So die in konservativen Blättern wiedergegebene Meldung, zu der sich denn doch die städtische Behörde äußern sollte.

Schulente und Feuerlöschdienst. Nach einem Uebereinkommen des Polizeipräsidenten v. Wundheim mit dem Branddirektor Giersberg sollen die Berliner Schulente im Feuerlöschdienst ausgebildet werden. Es handelt sich da in erster Linie darum, die Schulente in der Löschung von brennenden Straßenbahnwagen einzuweihen, da durch derartige Brände oftmals längere Verkehrsstörungen entstehen. Dem Unterricht erhalten die Beamten von den nächsten Tagen ab im Hauptdepot in der Lindenstraße und zwar wird immer eine größere Anzahl Schulente auf einmal dorthin kommandiert. Vielleicht führt diese Reuekung dazu, daß die Schulente auch zu anderen Hilfefunktionen im öffentlichen Verkehrswesen ausgebildet werden. Es macht auf den Fremden einen seltsamen Eindruck, wenn auf der Straße ein Kutscher sich vergeblich anstrengt, sein gesallenes Pferd aufzurichten, und der Schulmann daneben steht und nichts

andres zu thun weiß, als etwa den Fall ins Notizbuch einzutragen.

Stadtschulrat Dr. Gerkenberg hat die Vertretung und Leitung des durch den Tod des Stadtschulrats Geh. Regierungsrat Dr. Schwalbe vakanten Decernats für das höhere städtische Schulwesen bis zur Wahl eines neuen Stadtschulrats übernommen.

Eine Trauerfeier für Stadtschulrat Schwalbe fand gestern mittag 1 Uhr in der Aula des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums statt. Der Saal trug Trauerdekoration. Auf dem lorchergeschmückten Podium war der schwarze Sidenlapp aufgehängt, der über und über mit Kranzpenden bedeckt war. Die Beisetzung fand in Duedlinburg im Erbgrabnis der Familie Schwalbe statt. Ein Teil des Lehrerkollegiums begleitet die Leiche dorthin.

Gegen die Durchführung der elektrischen Oberleitung im Straßenbahnbetrieb ist dem Vernehmen nach von der Verwaltung der Universität Einspruch erhoben worden. Das Kasanienwäldchen, durch das die Straßenbahngeleise führen, gehört zum Teil der Universität, und bei jeder dort vorzunehmenden Aenderung muß Erlaubnis der Universität eingeholt werden. Da befürchtet wird, daß die Oberleitung störende Geräusche herbeiführt, so ist der Betriebsverwaltung der Straßenbahn die Zuführung der Stromabel durch das Kasanienwäldchen bis Unter die Linden untersagt worden, obwohl die Trägersysteme schon seit Monaten zur Aufstellung gelommen sind. Die Straßenbahngesellschaft will in dieser Sache eine Entscheidung an höchster Stelle herbeiführen.

Rudolf Virchow vollendet am 13. Oktober sein 80. Lebensjahr. Eine große Zahl von Verehren des berühmten Forschers hat beschlossen, einen Auszug zu Sammlungen ergeben zu lassen, die den Zweck haben sollen, die seit 1881 bestehende „Rudolf Virchow-Stiftung“ zu vergrößern, die die Aufgabe hat, die Wissenschaft zu fördern.

Zwei Einbrecher und ihr Fehler wurden in der Nacht zum Mittwoch von der Kriminalpolizei dingfest gemacht. In der letzten Zeit wurden in Berlin und Charlottenburg wiederholt Boden-, Keller- und Wohnungseinbrüche verübt. Durch fortgesetzte Beobachtungen lernte die Kriminalpolizei die Einbrecher kennen, ließ sie aber noch etwas gewähren, um auch den Fehler mit fassen zu können. Das gelang in der Nacht zum Mittwoch. Beantete folgten den beiden Einbrechern, dem Schlächtergesellen Paul Radeke, in Verbrechertreuen, „Schlächter-Paul“ genannt, und dem Schreiber Wilhelm Schumann, die beide wiederholt vorbestraft sind, unversehrt in eine Stauwerkstatt im Osten der Stadt, als sie eben von einer Diebstahlsfahrt kamen. Hier trafen die Spitzbuben mit einem ebenfalls mehrfach vorbestraften Mann, Namens Alent, zusammen. Alentlos boten sie ihm wie immer die „Eore“, ihre Beute des Abends an. Während sie aber um den Preis noch feilschten, griffen die Kriminalbeamten zu und nahmen alle drei fest. Radeke setzte eine sehr unskuldige Miene auf und nannte sich Tamm. Unter diesem Namen hatte er auch in der Langstraße eine Wohnung gemietet und sich politisch gemeldet. Man konnte ihn aber ganz genau und stellte auch durch den Erkennungsdienst seine Persönlichkeit noch fest. In seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei ein großes Lager von Goldschmuck, Fahrträdern, Wäsche, Weiten usw. Vieles Verlostenen konnte ihr Eigentum bereits zurückgegeben werden, einige wukten noch gar nicht, daß sie gestohlen worden waren. Der Eigentümer eines Brennabor-Fahrrads 96545, das im Januar gestohlen wurde, wollte sich im Zimmer 86 des Polizeipräsidiums melden.

Gram über die Geisteskrankheit seiner Frau hat den 48 Jahre alten Straßenreiner Wilhelm Thimmler aus der Fietzenstraße Nr. 19 in den Tod getrieben. Thimmler lebte mit seiner Frau in kinderloser oder glücklicher Ehe, bis vor zwei Jahren das Glück durch die geistige Erkrankung seiner Frau getrübt wurde. Die Kranke mußte eine Zeitlang in der Irrenanstalt zu Daldorf zubringen, konnte dann zwar zu ihrem Mann zurückkehren, erholte sich aber doch nicht ganz wieder. In letzter Zeit wurde es wieder schlimmer mit ihr. Thimmler blieb nichts andres übrig, als die Kranke wieder nach der Anstalt bringen zu lassen, da sie leicht großes Unheil anrichten konnte. Aber die bevorstehende Trennung ging ihm so nahe, daß er nicht mehr leben wollte. Nachdem er sich einem Nachbarn gegenüber dahin ausgesprochen hatte, wurde er seit Dienstagmorgen vermißt. Als gestern morgen eine Frau aus dem Hause nach dem Boden ging, um Wäsche zu holen, fand sie den Unglücklichen als Leiche wieder; er hatte sich hängend erhängt.

Im Moabitler Untersuchungsgefängnis hat sich der Arbeiter Lemke, der wegen Sittlichkeitsverbrechens an kleinen Kindern in Haft genommen war, in seiner Zelle erhängt.

Der vierte Selbstmordversuch wurde gestern morgen von dem 64 Jahre alten früheren Tischlermeister Julius Meyer aus der Aldershof 90 gemacht. Als junger Mann hatte Meyer einmal in einer Schlägerei einen Sabelhieb über den Kopf bekommen. Daraus entstand eine Geistesstörung, die zunächst nur unregelmäßig und schwach auftrat, dann aber mehr und mehr zunahm und im Jahre 1892 so stark wurde, daß er seine Käserei aufgeben mußte. Damals versuchte er zum ersten Mal, sich das Leben zu nehmen, indem er sich sitzend einen Strich um den Hals legte und die Pulsadern öffnete, wurde jedoch gerettet und ein halbes Jahr lang in einer Irrenanstalt behandelt. Vor drei Jahren nahm er Gift und wollte hiernach zum Fenster hinausspringen. Seine Frau hielt ihn mit Mühe zurück und rechtzeitig angewandte Gegenmittel machten auch das Gift unschädlich. Heute morgen mußte Frau Meyer, die durch einen Blumenhandel den Lebensunterhalt erwirbt, die Markthalle in der Lindenstraße aufsuchen, um einzulassen. Als sie um 8 Uhr wieder nach Hause kam, fand sie ihren Mann bewußtlos auf einem Stuhl sitzend. Er hatte sich mit einem Taschenmesser die Pulsader der linken Hand geöffnet und einen Schnitt in den linken Ellenbogen beigebracht. Zum Auffangen des Blutes hatte er einen Eimer vor sich hingestellt. Ein Arzt legte dem Unglücklichen einen Rotverband an und ließ in die Charité bringen.

Bei der Geschäftseröffnung totgefahren wurde gestern in der Potsdamerstraße vor dem Hause Nr. 35 der Milchhändler Fromm. F. hatte zum 1. April in dem erwähnten Hause einen Laden gemietet, um dort ein Milchgeschäft zu eröffnen und wollte gestern nachmittag gegen 2 Uhr von der Straße aus prüfen, welchen Eindruck das Geschäft machte. Nachwärts nach dem Fahrradum gehen, bemerkte der Milchhändler nicht, daß ein ziemlich schnell fahrender Postwagen heraufgefahren kam. F. wurde von den Rädern erfasst, die ihm über den Kopf hinweggingen und den Schädel zertrümmerten. Der Tod des Verunglückten erfolgte fast augenblicklich.

Hausdurchsuchung. In der Redaktion und Druckerei des hier erscheinenden „Deutschen Berlin“, ebenso in der Wohnung des Verlegers und Redakteurs fand am 1. April auf Geheiß der Staatsanwaltschaft eine dreistündige, sehr eingehende Hausdurchsuchung statt. Es handelte sich angeblich um das Manuskript eines Artikels mit der Ueberschrift „Die Treibjagd auf polnische Gymnasialisten in Stralsburg“ in Nr. 89 des genannten Blatts. Gefunden wurde nichts.

Die Wache des 44. Polizeiregiments ist nach der Großen Frankfurterstraße 14 verlegt worden.

Ein Dachstuhlbrand brach gestern nachmittag in dem Hause Eisenheimerstr. 2 in Charlottenburg aus. Der ganze Dachstuhl sowie alle auf dem Boden befindlichen Gegenstände verbrannten, da das Feuer schon ziemlich große Dimensionen angenommen hatte als es bemerkt wurde. Die Feuerwehr fand bereits den ganzen Dachstuhl in Flammen und alle Zugänge verqualmt. Dasselbe hatte mehrere Stunden zu thun. Von den Hausbewohnern, deren Gegenstände auf dem Boden verbrannt sind, waren einige leider nicht versichert. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.



**Einsturz.** Auf dem Gelände der diesjährigen internationalen Ausstellung für Feuerchutz und Rettungswesen am Aufstehendamm stürzte gestern vormittag ein Pavillon ein, welcher bereits fertig gerichtet stand. Wie es heißt, sind Menschenleben nicht zu beklagen, da die daran arbeitenden Zimmerleute sich noch rechtzeitig retten konnten. Die mangelhafte Ausführung und ungenügende Abstützung scheinen schuld am Einsturz gewesen zu sein.

**Trepion-Sternwarte.** Von heute ab bleibt die Trepion-Sternwarte wie üblich im Sommer bis 12 Uhr nachts geöffnet. Von 2 Uhr nachmittags an finden bereits Führungen durch das „Astronomische Museum“ statt, die schon seit 5 Jahren den in den letzten Abgeordnetenhaus-Debatten hervorgerufenen Wünschen entsprechend behandelt werden. Am Karfreitag spricht Direktor Kadenholz um 5 Uhr nachmittags über den „Ursprung des Kalenders und Kalenderreform“, und um 7 Uhr über „Unsere neueren Entdeckungen auf dem Monde“.

### Aus den Nachbarorten.

**Der Kampf gegen den Brotwucher** hat in der Gemeindevertretung unseres Nachbarorts Pankow lebhafteste Erregung hervorgerufen. Schon in der vorletzten Sitzung stand ein Antrag, gegen die geplante Erhöhung der Getreidezölle zu protestieren, auf der Tagesordnung. Demals wurde die Erörterung des Antrags abgelehnt in der Meinung, daß man es mit einer politischen Angelegenheit zu thun habe. In der Sitzung von dieser Woche führte das Gemeindegremium Professor Mendel jedoch aus, daß es sich um eine die Interessen des Orts berührende Angelegenheit wissenschaftlicher Natur handle, und hierauf erklärte sich die Vertretung mit einer Befragung der Petition einverstanden. Der Vertreter Professor Buchler protestierte jedoch gegen diesen Beschluß, erklärte zu Protokoll, daß er sich der Abstimmung enthalte und verließ dann in heller Entrüstung den Sitzungssaal. Nachdem nunmehr der Schöffe Hahn unter schallender Heiterkeit den tiefmürrigen Ausdruck von sich gegeben hatte, daß auch nach Annahme der Vollerhöhung ein Biergroßbrot nur vier Groschen kosten werde, beschloß die Gemeindevertretung mit 14 gegen 6 Stimmen, an den Reichstag eine Petition gegen die Erhöhung des Getreidezolls abzugeben.

**Auch die Stadtverordneten-Versammlung von Adenstedt** hat sich dem Kampf gegen den Brotwucher angeschlossen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung brachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung einen Dringlichkeits-Antrag unserer Genossen zur Verlesung, welcher besagt, daß die Stadtverordneten in Gemeinschaft mit dem Magistrat eine Petition an den Bundesrat und den Reichstag gegen die Erhöhung der Getreidezölle abgeben möchten.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen. Drei Vertreter, darunter zwei Freisinnige, enthielten sich der Abstimmung mit der Motivierung, daß der Antrag politischer resp. sozialpolitischer Natur sei.

Der Gesamtertrag basiert in der Einnahme und Ausgabe mit 2 987 598,04 M. Als Gemeinde-Einkommen sind 180 Prozent einschließlich 40 Prozent Kreissteuer als Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer zu zahlen. Als Gemeindezuschlag zur Gewerbesteuer werden 250 Prozent der Klasse 1 und 2 und 150 Prozent der Klasse 3 und 4 erhoben. Der Etat der Gaswerke basiert in Einnahme und Ausgabe mit 150 885,90 M.

**Der Vorort Pankow** ist vor Jahresfrist befamlich, wie andere Orte in der Umgegend Berlins auch, gegen seinen Willen mit einer vom Berliner Polizeipräsidenten ressortierenden Kriminalpolizei bedacht worden. Die Gemeindevertretung hat nunmehr beschloffen, wegen der 3200 M., die von ihr als Zuschlag zu den neuen Polizeilöhnen gefordert werden, im Verwaltungsstreitverfahren Klage zu erheben.

**Aldershof.** In der Gemeindevertretung kam das Ortsstatut betr. Verwaltung und Benutzung des Gemeinde-Gräberplatzes zur Beratung. Der vom Gemeindevorsteher ausgearbeitete Entwurf wurde nach unbedeutenden Änderungen angenommen. Eine längere Debatte gab es nur beim § 48, welcher lautet: „Neben am Grabe oder auf dem Friedhof zu halten ist nur den im Dienst der Kirche stehenden Geistlichen gestattet.“ Hierzu wurde beantragt, da der Friedhof doch Eigentum der politischen Gemeinde ist, diesem Paragraphen eine Fassung zu geben, nach welcher auch jedem andern das Reden auf dem Friedhofe gestattet sei unter der Bedingung, daß die Würde des Friedhofs gewahrt bleibe. Nach vielem Hin und Her erhielt der oben angeführte Paragraph folgenden Zusatz: „Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der zuständigen Behörde.“ Weiter wurde mitgeteilt, daß ein Antrag der Gemeinde Grünau vorliegt, die Beiträge der Gemeinden zu den Amtskosten nicht mehr, wie bisher, nach dem Steuerfuß zu berechnen, sondern der Berechnung die Kopfzahlen der Gemeinden zu Grunde zu legen. Daß hierbei die armen Gemeinden, wie Aldershof und Alt-Glienicke schlicht wegkommen würden, liegt klar auf der Hand; hoffentlich gelangt dieser Antrag nicht zur Annahme.

**Stralau.** Bei der diesjährigen Etatsberatung wurden von der Gemeindevertretung die Zuschläge zur Einkommensteuer mit 110 Proz., die zur Gewerbesteuer 185 Proz., zur Betriebssteuer 100 Proz. und die zur Realsteuer mit 165 Proz. festgesetzt. Letztere Steuer wird in Form der Grundwertsteuer mit eins vom Tausend des wirklichen Werts erhoben. Die Steuerzuschläge sind somit dieselben wie im Vorjahr geblieben. Der Voranschlag zum Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 87 712,92 M. Hiervon sind an den Kreis 17 125 M. (33 1/3 Proz. der Steuerzuschläge) als Kreissteuer abzuführen. Wegen der Regulierung und Kanalisierung der Dorfstraße mußten im vorigen Jahr größere Anleihen gemacht werden, deren Verzinsung und Amortisation für dieses Jahr den Betrag von 9075 M. erfordert. Der Bau der für die Kanalisation erforderlichen Pumpstation geht der Vollendung entgegen, so daß voraussichtlich im Juli oder August die Kanalisation in Betrieb gesetzt werden kann. — Die Regulierung des Markgrafendammes soll möglichst in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Die Kosten hierfür sind auf 90 000 M. veranschlagt. Hieron wird die Stadt den größten Teil, wenn nicht das Ganze, zu tragen haben. Ein Antrag des Genossen Bud, die Lustbarkeitssteuer aufzuheben, wurde gegen die Stimmen unserer beiden Genossen abgelehnt.

### Gerichts-Zeitung.

**Wie schwer die Erfüllung der Ehrenpflicht des Streikpostenstehens der Arbeiterschaft gemacht wird,** zeigt der folgende, für das Wesen des Polizeistaats hochcharakteristische Fall: Die Buchbinder K. und G. waren am 13. September v. J. während des Streiks vor dem Hause der Mauerstraße, wo sich die Buchbinder von 2 Alexander u. Bauer befindet, auf und ab gegangen. Ein Schuhmann forderte sie auf, sich zu entfernen. Sie gingen auch. Als sie jedoch nach geraumer Zeit wieder an dem Hause vorbeikamen, wurden sie aufgefordert, den ganzen Teil der Mauerstraße zwischen der Friedrichstraße und der Leipzigerstraße überhaupt zu meiden. Sie kamen dem nicht ganz nach und erhielten deshalb Anklagen wegen Vergehens gegen die §§ 132 und 133 der Berliner Straßenpolizei-Verordnung, weil sie einer zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit auf der öffentlichen Straße ergangenen Aufforderung eines Sicherheitsbeamten nicht Folge geleistet hätten. — Das Landgericht I verurteilte die Angeklagten zu Geldstrafen und betonte, daß der Schuhmann zu seinem Verhalten berechtigt gewesen sei, weil er befürchtete, infolge des Streikpostenstehens der Angeklagten könnte es zu Aufrührungen kommen.

Die Angeklagten legten Revision ein. Ihr Vertreter, Rechtsanwalt Lazarus, führte vor dem Kammergericht u. a. aus: Die Angeklagten seien der ersten Aufforderung, nicht vor dem Hause auf und ab zu gehen, nachgekommen. Selbst wenn man nun jene Aufforderung als berechtigt anerkennen wollte, so charakterisiere sich die zweite, den ganzen Straßenteil zu meiden, als ein direkte Maßnahme gegen das Streikpostenstehen an sich. Da man gesetzlich

gegen das Streikpostenstehen als solches nicht antworten könne, so werde eine Hinterhältigkeit benutzt. Jeder Schuhmann habe jetzt das Bewußtsein, daß der bloße Aufenthalt eines Streikposten in der Gegend einer Werkstatt, wo gestreikt werde, Aufrührungen herbeiführen könnte. Solange man schließlich dazu, den Streikenden ganze Straßen zu verbieten, wovon es dann nicht mehr weit zu einem Verbot der ganzen Stadt sei. Den Angeklagten hätte es nicht verboten werden können, den fraglichen Straßenteil überhaupt nicht mehr zu betreten. — Das Kammergericht wies indessen die Revision zurück und führte aus: Die §§ 132 und 133 der Berliner Straßenpolizei-Verordnung seien mit Recht angewendet worden. Es sei festgestellt, daß der Schuhmann „befürchtete“, bei einem weiteren Verweilen der Leute in der Mauerstraße könnte es zu Aufrührungen kommen. Somit sei die Aufforderung des Schuhmanns zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergangen, und die Angeklagten hätten folgen müssen.

Diesem Unternehmers, welche glauben, daß der landesübliche Polizeikampf gegen Streikposten die Wirkung haben wird, die Arbeiter der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte abzuhalten, haben sich arg verrechnet.

**Ein hocharistokratischer Herr.** Fünf Personen hatten sich am Dienstag wegen Erpressung vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten: der noch jugendliche Vereiter Richard Karl Wilhelm Ahmann, der Reisende Wilhelm Wolff, der Schankwirt Hermann Füllgraf, der Kaufmann Friedrich Holzke und der Kellner Emil Reicher. Der Anklage scheinen Vorgänge zu Grunde zu liegen, die einen bedenklichen Beitrag zur Sittengeschichte bilden, denn der Staatsanwalt sah sich — schon bevor der Eröffnungsbeschluss verlesen wurde — veranlaßt, im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit den Ausschluß der Öffentlichkeit zu beantragen. Der Gerichtshof beschloß nach diesem Antrage. Fernerem Vernehmen nach handelt es sich um einen Erpressungsfall gegen einen außerhalb Berlins wohnenden hocharistokratischen Herrn, der übrigens als Zeuge nicht anwesend war, sondern zur Zeit sich auf einer ausgedehnten Seereise im Auslande befindet. Der Herr war bei einer Anwesenheit in Berlin in etwas dunkler Weise in Beziehungen zu dem Angeklagten Ahmann getreten und diese wenig laudablen Beziehungen soll den Ausgangspunkt zu wiederholten Brandstiftungen gebildet haben, zu deren Förderung mehrere der Angeklagten nach dem Bohnort ihres Opfers gereist sind. Das Ende vom Liede war eine Strafanzeige, die die Festnahme der beiden ersten Angeklagten durch den Kriminalkommissar v. Tredeow und die Anklage zur Folge hatte. Letztere wurde durch Staatsanwalt Figgie vertreten, die Angeklagten wurden durch die Rechtsanwälte Dr. Davidsohn und Bunge verteidigt. Nach etwa fünfständiger Beratung unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit ergab sich die Notwendigkeit einer Verlegung, weil ein nicht anwesender Zeuge, auf den nicht verzichtet werden kann, nicht zur Stelle geschafft werden konnte. Die Verhandlung soll am Samstag 9 Uhr fortgesetzt werden.

**Unser Parteigenosse Buchbinder Paul Zahn** ist gestern von einem schweren Geisid betroffen worden. Das Schöffengericht am Landgericht I hat ihn wegen Verleumdung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Fall, um den es sich handelt, ist durchaus privater Natur und hat mit der bisher ausgeübten politischen Tätigkeit unseres Genossen nichts zu thun. Zahn verlebte in einer Familie, wo er die offenkundig in jeder Beziehung falsche Beobachtung gemacht zu haben glaubte, daß der Familienvater mit seiner Tochter fräustlichen Verkehr unterhalte. Der Gedanke hieran verdroßte sich bei Zahn, dessen Nervenzustand in letzter Zeit seinen Bekannten manches zu denken gab, so sehr zur fixen Idee, daß er bei der Staatsanwaltschaft eine Denunziation gegen den Vater einreichte. Es wurden in der Sache Erhebungen veranstaltet, die gar bald das Ergebnis hatten, daß die schwere Anklage, die Zahn erhoben hatte, jeden Grundes entbehrte. Die Staatsanwaltschaft lehnte nunmehr den Speiß um und strengte gegen Zahn eine Verleumdungsklage an, die gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde. In der Verhandlung wurden 17 Zeugen verhört, außerdem hatte der Gerichtsphysikus Dr. Störmer ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten abgegeben. Dieses ging dahin, daß Zahn zwar ein Querulant sei, jedoch für seine Handlungen voll verantwortlich gemacht werden müsse. Hierauf fällt der Gerichtshof das vorhin mitgeteilte schwerere Urteil und verfügte ebenfalls auf Antrag des Staatsanwalts die sofortige Verhaftung des Verurteilten, da bei der Höhe der Strafe Fluchtverdacht vorliege. Zahn erklärte sofort, daß er Verzicht einlegen wolle. Hoffentlich fördert die Verhandlung der zweiten Instanz die Beobachtung zu Tage, die sich seinen Bekannten schon längst aufgedrängt hat, nämlich, daß Zahns Nervenzustand derart zerrüttet ist, daß er für seine Handlungen unmöglich voll verantwortlich gemacht werden kann.

### Versammlungen.

**Charlottenburg.** Am letzten Sonntag fand hier eine Volksversammlung statt, in der Stadtverordneter Hirsch über die Arbeitslosigkeit am Orte und die Haltung der Herren Stadtväter zu derselben referierte. Er führte aus, daß es den Herrn wohl nicht an schönen Worten fehle, daß sie sich aber nicht zu Taten entschließen könnten und alles, was von sozialdemokratischer Seite kommt, ablehnen oder es als übertrieben bezeichnen. Der Magistrat wolle nur circa 30 Mann einstellen, eine Zahl, die der der entlassenen Gasanstalts-Arbeiter gleichkomme, daß also gar nicht von einer Fürsorge für die Arbeitslosen gesprochen werden könne. Es sei nötig, eine Arbeitslosen-Unterstützung seitens der Kommune anzustreben. Dem aber habe sich der Herr Oberbürgermeister entgegengestellt mit den Worten: „Was würden denn die Bürger Charlottenburgs sagen, wenn der Magistrat die Arbeiter unterstützt, damit sie hupieren gehen können.“ Der Referent forderte zum Schluß auf, sich so viel wie möglich den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um dann gestützt auf starke Organisationen der Arbeitslosigkeit Einhalt zu thun. — In der Diskussion forderte Spörer die Ausdehnung des Arbeitsnachweises auf gelernte Arbeiter. Görke bedauert, daß man überhaupt eine Kommission zu dem Magistrat geschickt habe. Die Kommission sei nicht in der ihr zukommenden Weise behandelt worden. Sie sei mit den Worten: „Ja wohl, ja wohl, meine Herren, wir wissen bereits alles“, empfangen worden. — Stadtv. Baake wendet sich gegen Görke. Das, was die Kommission etwa veräußert habe, könnten die Vertreter im Stadtparlament immer noch nachholen. Arnold bringt zur Sprache, daß im „Kauener Anzeiger“ Gartenarbeiter für das Schloß verlangt würden, obgleich so viele Arbeitslose am Orte lägen. Sämtliche nachfolgenden Diskussionsredner sprechen sich im Sinne des Referenten aus. Es gelangt eine Resolution Baake zur Annahme. In derselben wird der Magistrat nochmals ersucht, etwas für die Arbeitslosen zu thun und um Beschleunigung bei der Beilegung der Wohnungsnot gebeten. — Unter Verschiedenem bringt Fenschel die Befreiungsfrage vor. Er warnt die Eltern, ihre Kinder in Betriebe zu geben, in denen sie ihre Gesundheit aufs Spiel setzen müssen, und fordert sie auf, sich nur an solche Meister zu wenden, die für eine ordnungsgemäße technische Ausbildung sorgen, ohne den Verdienst auszuliefern. — In der Debatte über diesen Punkt sprachen sich sämtliche Redner in demselben Sinne aus.

**Kammelsburg-Friedrichsberg.** Heute abend 9 Uhr bei Panten, Hauptstraße 174, öffentliche Versammlung der Steine- und Arbeitervereine.

### Vermishtes.

**Beim Einsturz eines Kellergewölbes** wurden, wie die „Dirrener Zeitung“ meldet, gestern Abend auf einem Neubau in der Karlsruher Straße zwei Arbeiter verunglückt. Der eine war sofort tot, der zweite wurde schwer verletzt.

**Schiffuntergang.** Ein Floß-Telegramm meldet aus Djeddah den Untergang des türkischen Transportschiffs „Acoon“. Das Schiff sank in der Nähe von Jembo. 20 Soldaten ertranken.

nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidenten.		Kartoffeln, neue, D-Gr.		Kartoffeln, alte, D-Gr.	
*) Weizen, gut D-Gr.	16, —	—	7, —	5, —	—
— mittel	—	—	1,60	1,20	—
— gering	—	—	1,50	1, —	—
*) Roggen, gut	14,30	—	—	—	1,00
— mittel	—	—	—	—	1,80
— gering	—	—	—	—	1,60
*) Gerste, gut	15,00	14,80	—	—	2,00
— mittel	14,70	13,90	—	—	2,60
— gering	13,80	13,10	—	—	1,20
*) Hafer, gut	15,90	15,40	—	—	2,80
— mittel	15,30	14,90	—	—	1,20
— gering	14,80	14,40	—	—	1,20
Rüchstroh	7, —	6,98	—	—	1,80
heu	8,20	5,40	—	—	1,20
Erbsen	40, —	25, —	—	—	1,40
Speisebohnen	45, —	25, —	—	—	3, —
Linzen	70, —	30, —	—	—	—

**Produktenmarkt vom 3. April.** Getreide. Der Verkehr auf dem Getreidemarkt war heute sehr still. Das Weizen sowie weiter abgesetzte Auslandsnotierungen übten einen Druck auf die Preisgestaltung aus. Am Frühmarkt waren Weizen und Roggen 1/2 M. billiger zu haben, erreichten jedoch ihren geringsten Stand wieder, ohne daß dafür irgend welche haltbaren Gründe zu ermitteln waren. Das effektive Angebot vom In- und Auslande war besonders in Roggen sehr umfangreich. Weizen lag still und kaum verändert. Am Markt für Futterartikel entwickelte sich einiges Geschäft in Weizen bei leicht abgesetzten Preisen. Amerika kam schwächer, außerdem waren die Ankünfte sehr groß. Hafer war bei stillem Geschäft schwach beauftragt. Weizen etwas schwächer. Spiritus unverändert, 70er loco 45,50 M. Umsatz 15 000 Liter.

**Städtischer Schlachthausmarkt.** Berlin, 3. April 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 616 Rinder, 5706 Kühe, 1478 Schafe, 16415 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungswiese für 1 Pfund in M.): a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte 00-00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 45-50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44-45; e) gering genährte Kühe und Färsen 40-43. — Kälber: a) fetteste Mastkälber (Boschschlamm) und beste Saugkälber 70-72; b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 60-64; c) geringe Saugkälber 54-56; d) ältere, gering genährte (Fleischer) 38-44. — Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 60-62; b) ältere Mastschaf 45-57; c) mäßig genährte Mastschaf und Schafe (Mastschaf) 45-48; d) Halbschaf Niederungs- (Schaf) (Vehudenschaf) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige, der fetteren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 53-54 Pfund schwer 00-00; b) schwere, 250 Pfund und darüber (Räher) 50-52; c) fleischige 47-49; d) gering entwickelte 49-51; e) Sauen 49-49. Für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara.

**Verkauf und Tendenz.** Vom Rinderaustrich blieben etwa 400 Stück unverkaucht. Der Kalberhandel gestaltete sich ruhig und schloß langsam. Bei den Schafen fanden Oherlämmer etwa 400 und etwa 200 sonstige Abfah. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird nicht geräumt.

### Briefkasten der Redaktion.

**F. A. M. Z. 76.** Wegen Aussetzung einer Bescheinigung über das Unvermögen, die Gerichtskosten zu zahlen, wenden Sie sich mündlich oder schriftlich an den Vorsitz der Armenkommission. Bis zur Auslösung des Urteils verzeihen in der Regel 2 bis 3 Wochen. Sollte längere Zeit vergehen, so wenden Sie sich schriftlich beschwerdeführend an die Armenkommission. Sprechen Sie wegen der weiteren Schritte mit der Bescheinigung über das Unvermögen die Prozesskosten zu tragen, in einer der juristischen Sprachstunden vor. — **M. Z. 50.** Beide Forderungen sind verjährte: die Warenforderung seit Ende 1900, die Bescheiderforderung seit 1897. Sollte dem Wechsel eine Darlehenforderung zu Grunde liegen, so würden Sie diese auch einklagen können. — **1900.** Die betreffende Forderung würde erst mit Ablauf dieses Jahres verjähren können. — **Z. 9. 300.** Rein. — **Lehrer.** In der Berliner Besoldungsordnung für die Gemeindefachlehrer und Lehrinnen werden vier Klassen unterschieden: Lehrer, Rektor, Professoren, wissenschaftliche Lehrerinnen und Fachlehrerinnen. Die Besoldungsverhältnisse dieser vier Kategorien sind wie folgt: I. Lehrer: Grundgehalt für einseitig angehende Lehrer und solche, welche nach nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben: 600 M. für alle andern Lehrer 1200 M. Die Alterszulagen betragen nach 7jähriger Dienstzeit 200, nach 9jähriger 500, nach 11jähriger 800, nach 14jähriger 1000, nach 17jähriger 1300, nach 20jähriger 1600, nach 23jähriger 1700, nach 26jähriger 2000, nach 29jähriger 2200, nach 31jähriger 2400 M. Die Alterszulagen betragen für einseitig angehende oder nach nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienst befindliche Lehrer: 432, nach 648 M. II. Das Grundgehalt der Rektoren beträgt 2400 M. und freien Dienstwohnung oder 800 M. Alterszulagen. Die Alterszulagen sind dieselben wie bei den Lehrern. III. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen erhalten als Grundgehalt 1000 M., an Alterszulagen nach 3jähriger Dienstzeit 100, nach 6jähriger 200, nach 9jähriger 300, nach 12jähriger 500, nach 15jähriger 700, nach 18jähriger 900, nach 21jähriger 1100, nach 24jähriger 1300 M. Die Alterszulagen betragen 432 M. IV. Die Fachlehrerinnen erhalten als Grundgehalt 600, als Alterszulagen nach 3jähriger Dienstzeit 100, nach 6jähriger 200, nach 9jähriger 300, nach 12jähriger 400, nach 15jähriger 500, nach 18jähriger 600, nach 21jähriger 700 M. Die Alterszulagen betragen für die Fachlehrerinnen beträgt 300 M.

**Weiter-Propaganda für Donnerstag, den 4. April 1901.** Warm, jedoch vorherrschend wolkig mit etwas Regen und ziemlich frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Am 1. d. M., nachmittags 2 Uhr, verschied nach kurzem Leiden mein lieber Mann  
Wilhelm Winnewisser.  
Dies zeigt tiefbetrübt und um stilles Beileid bittend an  
Lina Winnewisser, geb. Beyer.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.

Hiermit zur Nachricht, daß unter Adresse  
H. Drasdo  
nach kurzem Krankenlager am 2. April verstorben ist und vom Trauerhause, Remelerstr. 46, Karfreitagnachmittag 3 Uhr beerdigt wird.  
Nobelfabrik „Union“.

Am Dienstag verstarb unter hundertbrüder und Schwäger, der Schuhmacher **Angust Gewelke**.  
Beerdigung Freitagnachm. 4 Uhr auf dem Friedhof der Bartholomäus-Gemeinde, Weichenstr., Hohenberger Chaussee.  
**Die Hinterbliebenen.**  
F. A. St. Jels.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Ortsverwaltung Berlin N.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 1. April verschied das Mitglied unserer Kasse, der Tischler  
**Wilhelm Winnewisser**  
im Alter von 51 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**  
154/6

**Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unter herzenguter Pater, der Galanteriemaler**  
**Karl Krause**  
am 2. April, 1 Uhr morgens, infolge Gehirnleidens sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet Karfreitag um 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Trepion, Baumdammstr. 32, vorn I, nach dem Trepioner Kirchhofe statt.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Frau Marie Krause nebst Kindern.  
Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Mannes, meines treuliebenden Vaters, spreche ich auf diesem Wege allen meinen tiefgefühlten Dank aus.  
Frau **Christiane Koplin** nebst Kindern.  
Allen Freunden und Bekannten für die innige Teilnahme und schönen Kranzgesenden beim Begräbnis meiner lieben, unermesslichen Frau  
**Barbara Henkies**,  
sage ich meinen tiefgefühlten Dank.  
12571/1 **Wilhelm Hankies.**